Freitag, 24. April 1931
Ausg. A. 18. Jahrgang. Nummer 79

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 460 89. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6, Telephon 28 84. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" AG., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Streikbeschlüsse zum 1. Mai

auf Preußen-, Sosnitza- und Gleiwitzer Grube gefaßt

Jeder Betrieb muß am 1. Mai streiken, jede Stempelstelle marschieren unter roten Fahnen

Gegen faschistische Diktatur!

Hindenburg. Am Mittwochvormittag fand eine vom Betriebsrat einberufene Belegschaftsversammlung der Preußengrube statt, in der zum Massenstreik am 1. Mai Stellung genommen worden ist. Die Betriebsversammlung faßte den Beschluß, am 1. Mai den Betrieb vollständig stillzulegen und sich an der revolutionären Massendemonstration gegen Lohnraub und Faschismus zu beteiligen. Am gleichen Abend fand für dieselbe Anlage eine öffentliche Belegschaftsversammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Genosse Anton Jadasch sprach. Die Versammlung war so stark besucht, daß die Polizei den Saal absperrte. Ueber 200 Kumpels fanden keinen Einlaß mehr. In dieser Versammlung wurde der vormittags gefaßte Streikbeschluß zum 1. Mai bestätigt.

Gleiche Streikbeschlüsse sind in den letzten Tagen auf der Gleiwitzer und Sosnitzagrube getätigt worden.

*

Die Bergarbeiter dokumentieren durch ihre Belegschaftsbeschlüsse auf Massenstreik am 1. Mai gegen Lohnraub und Faschismus, daß sie die Bedeutung des politischen Massenstreiks gegen die faschistische Diktatur begriffen haben. Der politische Massenstreik ist die schärfste Waffe im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und Knechtung der werktätigen Klasse.

Arbeitende in Stadt und Land!

Immer ernster erhebt sich vor jedem von euch die Frage: Den Weg mit den Kapitalisten, mit den Nationalsozialisten, der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaftsführern zur Rettung des bankrotten, kapitalistischen Systems, den Weg des Faschismus, der die arbeitenden Massen in noch größeres Elend und größere Not hineinführt —

oder den Weg des Kampfes um den proletarischen Ausweg aus der Krise, der die arbeitenden Massen zur Befreiung von den Schmarotzern, von den Ausbeutern und Unterdrückern, zu einem neuen Aufstieg der Menschheit, zum Sozialismus führt.

Im Kampf gegen den räuberischen, bankrotten Kapitalismus führt das arbeitende Volk nur die Kommunistische Partei. Unter ihrer Führung wächst die Einheitsfront des Kampfes für Brot und Freiheit. Die Kommunistische Partei marschiert allem Terror zum Trotz. Stärkt ihre Reihen durch Zehntausende neuer Kämpfer, und entfaltet kühn das Banner der Volksrevolution gegen alle Feinde des arbeitenden Volkes für ein sozialistisches Deutschland.

Jeder Betrieb muß am 1. Mai streiken, jede Stempelstelle marschieren. — Frauen und arbeitende Jugend gehören in die vordersten Reihen.

Arbeiter, Angestellte, Bauern und Kleingewerbetreibende, in geschlossener Front bildet ihr die unzählbaren Reihen einer unüberwindlichen Macht!

Die Straße gehört euch am 1. Mai!

Organisiert den Massenstreik am 1. Mai

Von Franz

Der Massenstreik ist die beste Waffe der Arbeiterklasse in der Zeit, wo die Bourgeoisie mit den brutalsten Unterdrückungsmethoden gegen das werktätige Volk vorgeht. Der Massenstreik ist die Anwendung einer höheren Kampfesform zur Sammlung der proletarischen Kräfte unter dem Banner der revolutionären Einheit zu einem festen Bollwerk gegen den Faschismus, den sich die Bourgeoisie als Sturmbock gegen die Arbeiterklasse geschaffen hat. Diese Massenaktion der Hungernden, Darbenden erschüttert das kapitalistische Wirtschaftssystem, ist ein Bekenntnis der Ausgebeuteten zur revolutionären Klassenfront, die sich als Ziel setzt, das bankerotte kapitalistische System des Hungers und des Elends zu zertrümmern. Die Durchführung des Massenstreiks am 1. Mai schafft die Voraussetzung, damit die Arbeiterklasse in den Zeiten der faschistischen Notverordnungen und des Terrors zu schärferen Methoden des revolutionären Klassenkampfes greift, gegen den faschistischen Terror.

Die Bourgeoisie formiert ihre faschistischen und sozialfaschistischen Bataillone, um mit ihrer Hilfe den Hungerfeldzug brutaler denn je gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. Jedes Mittel ist dem Klassenfeind der Arbeiterklasse recht und billig, um es gegen die Ausgebeuteten und Hungernden anzuwenden. Die Durchführung des Massenstreiks schafft bei den Arbeitern das Kraftbewußtsein, stärkt die Einheit, um auf Grund der Erfahrung solcher Massenaktionen einen Schritt weiterzugehen, um den Kapitalismus, der ihnen nicht mehr Arbeit und Brot geben kann, zu beseitigen durch die Durchführung der proletarischen Revolution für den Sozialismus. In der Zeit der verschärften Krise versucht das Finanzkapital mit seinem gesamten Staatsapparat, gestützt von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die Produktion in den Betrieben vor Erschütterungen zu bewahren. Die deutsche Bourgeoisie weiß sehr gut, wenn die Arbeitermassen in dem Betrieb durch den politischen Massenstreik gegen die Ausplünderung und den Lohnraub am 1. Mai die Antwort geben, dann gerät das ganze System ins Schwanken, dann unterminiert die Arbeiterklasse die stärksten Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dann werden die Arbeitermassen sich lösagen von den sozialfaschistischen Führern und, gestützt auf ihre Erfahrungen, werden sie sich vereinigen unter der einzigen revolutionären Führung, unter der Kommunistischen Partei, die allein in der Lage ist, den Arbeitermassen durch den Sturz des Kapitalismus Freiheit, Arbeit und Brot zu bringen.

Die Verschärfung der Klassengegensätze, die immer weitere Verschärfung der kapitalistischen Krise zwingt die Bourgeoisie immer mehr auf den Weg der bewaffneten Konterrevolution. Mit dem Wachsen der revolutionären Klassenfront, mit dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion konzentriert der Imperialismus seine konterrevolutionären Kräfte stärker denn je zu einem Krieg gegen die Sowjetunion, dem Vaterland des internationalen Proletariats. Aber um die Fahne des Krieges gegen die Sowjetunion entrollen zu können, versucht die Bourgeoisie mit Hilfe von Notverordnungen die Kommunistische Partei als die Elite der Arbeiterklasse zu knebeln und zu fesseln. Gegen diese Versuche der Bourgeoisie müssen die Millionen an den Stempelstellen, die Millionen aus den Betrieben Sturm laufen, denen der Vampyr Kapitalismus den letzten Blutstropfen aussaugt, um noch einige Zeit sein bankerottes System aufrechtzuerhalten. Die Arbeitermassen in Deutschland, die den Hunger an ihrem eigenen Körper spüren, sie schauen mit dem größten Vertrauen zu ihren russischen Klassengenossen, sie werden die Kriegsvorbereitungen der internationalen Bourgeoisie durchkreuzen durch die Auslösung von politischen Massenstreiks. Darum ist der 1. Mai im Zeichen des politischen Massenstreiks ein Glaubensbekenntnis der deutschen Arbeiterklasse für den einzigen proletarischen Staat der Welt, für die Sowjetunion.

Die Betriebsarbeiter, denen man brutal und rücksichtslos mit Hilfe der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen ihre Hungerlöhne geschmälert hat, beweisen am 1. Mai durch die Durchführung des Massenstreiks, daß sie nicht länger gewillt sind, elend zu verrecken, sondern sie legen dadurch ein gewaltiges Bekenntnis ab gegen den

Sturm im Breslauer Rathaus!

Die Kommunisten eröffnen den Kampf um den Haushaltsetat

(Näheres siehe im Breslauer Teil)

Pflichtarbeiterstreik in Rothenbach

In 14 Tagen ein Akkordlohn von 17 bis 18 Mark — Geschlossene Front unter Führung der RGO.

Die Gemeinden Rothenbach und Wittgendorf haben eine Reihe Wohlfahrtserwerbslose zur Pflichtarbeit im Wittgendorfer Forst geschickt, wo sie für die Firma „Ostdeutsche Papier- und Zellstoff-Werke AG., schuften müssen. Für die schwere Forstarbeit bei Wind und Wetter wird ein geradezu elender Lohn gezahlt. Alle Arbeiten werden im Akkord verrichtet. So verdiente ein Arbeiter in 14 Tagen in der Zeit vom 28. März bis zum 11. April ganze 18,14 Mark und ein anderer im selben Zeitraum 17,14 Mark. Die Wohlfahrtserwerbslosen sind von den Gemeinden gezwungen, diese Arbeit zu den Hungerbedingungen anzunehmen, da ihnen sonst die Unterstützung genommen wird.

Die Pflichtarbeiter sind nun geschlossen in den Streik getreten, um einen höheren Lohn zu erkämpfen. Der Streik steht unter der Führung der RGO., und alle Arbeiter sind bereit, alles daran zu setzen und einig und geschlossen zusammenzustehen, um ihre Forderungen durchzusetzen und den Kampf zu verbreitern.

Bergarbeiter im Streik

Chemnitz. (Eigener Bericht.) **In Oelsnitz im Erzgebirge sind am Dienstag früh etwa 350 Bergarbeiter der Grube „Gotteshilfe" in den Streik getreten. Die Unternehmer wollten eine Kürzung des Urlaubsgeldes um ein Sechstel durchführen. In einer äußerst provokatorischen Bekanntmachung wurde dies den Bergarbeitern zur Kenntnis gebracht.**

Die Empörung über diese Maßnahme war bei den Bergarbeitern so stark, daß sie in den Versammlungen mit Vierfünftel-Mehrheit für den Streik stimmten. **Die sozialdemokratischen Betriebsräte hetzten offen zum Streikbruch und forderten die Bergarbeiter auf, sich diesem Beschluß nicht zu fügen. Es gelang ihnen deshalb, einige Bergarbeiter wankend zu machen, die dann auch in die Grube fuhren. Die Abstimmungen bei der Mittag- und Nachtschicht ergaben ähnliche Resultate für den Streik. Am Mittwoch früh trat dann die Belegschaft der Zeche „Vereinsglück" bis auf zehn Mann geschlossen in den Streik und erklärte sich mit den Kumpels der Grube „Gotteshilfe" solidarisch. Es ist mit einer noch weiteren Ausdehnung des Kampfes zu rechnen.**

Die sozialfaschistischen Bonzen des Bergarbeiterverbandes haben gemeinsam mit den Unternehmern eine **neue Bekanntmachung herausgegeben, die die Bergarbeiter auffordert, keinesfalls in den Streik zu treten, sondern die Urlaubsregelung durch das Arbeitsgericht entscheiden zu lassen.**

Werbt für die Mai-Nummer!

Die Maikomitees tagen!

Am Freitag, dem 24. April, findet im Lokal „Oderstrom", Uferstraße, um 19,30 Uhr eine Sitzung aller Maikomitees der Stadtteile, Betriebe, Stempelstellen und Massenorganisationen statt.

Alle Mitglieder der Maikomitees müssen pünktlich erscheinen. Es sind die letzten Vorbereitungen zum 1. Mai zu treffen.

Hungerfeldzug der Bourgeoisie und antworten mit den verschärften Mitteln des revolutionären Klassenkampfes, mit der Auslösung von breiten politischen Massenstreiks für die Beseitigung und Verjagung ihrer Ausbeuter und Blutsauger.

Es gilt sofort in allen Betrieben die Betriebsarbeiter zu mobilisieren. Den sozialdemokratischen Arbeitern, die den 1. Mai als den Kampftag gegen den Kapitalismus betrachten, muß man die Augen öffnen über die verbrecherische Rolle ihrer sozialfaschistischen Führerschaft, die treu und brav Bütteldienste für das Finanzkapital, gegen die Interessen der Arbeiterklasse, durchführt. Deshalb organisiert sofort Belegschaftsversammlungen, nehmt Stellung zum Kampftag der Arbeitermassen, durchkreuzt die Handlungen der Maischänder, die versuchen, den 1. Mai als einen Ausflug ins Grüne durchzuführen. Die Tradition des 1. Mai wird nur allein hochgehalten von der Kommunistischen Partei und der RGO., darum muß der Betriebsproletariat sich lossagen von den Streikbrechern und Lohnräubern. Kein Proletariat demonstriert unter den Fahnen des Sozialfaschismus und der Lohnräuber, sondern das werktätige Volk demonstriert unter dem Banner des Bolschewismus, unter der Führung der Kommunistischen Partei.

Die wichtigste Voraussetzung zur Durchführung des politischen Massenstreiks ist die Schaffung breiter Einheitsfrontorgane für die Wahl von Maikomitees in allen Betrieben. In jedem Maikomitee müssen die kampfbereitesten Arbeiter erfaßt werden, die den 1. Mai als ihren Kampftag gegen Ausbeutung und Unterdrückung betrachten. Der brutale Unterdrückungsfeldzug gegen das werktätige Volk bedeutet, daß Tausende sozialdemokratische Arbeiter gegen die Ausplünderung rebellieren. Diesen Arbeitern muß es begreiflich gemacht werden, daß sie sich einreihen müssen in die Maikomitees. Dann werden diese Arbeiter auf Grund der gemeinsamen Kampferfahrungen mit den Anhängern der roten Klassenfront, sich viel schneller und leichter lossagen von den sozialfaschistischen Führern. Das Maikomitee als die betriebliche Führung zur Vorbereitung bedeutet, daß jedes Mitglied zur aktiven Mitarbeit, zur Mobilisierung der Betriebsbelegschaft für den politischen Massenstreik mit herangezogen wird.

Um die Gesamtbelegschaft mit dem Maikomitee zu verbinden, ist notwendig der Aufbau und die Schaffung eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers in jedem Betrieb und auf jedem Gut. Die revolutionären Vertrauensleute haben die Aufgabe, ihre Abteilung und ihre Klassengenossen aufzurütteln für die Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai. Sie sind die Glieder der revolutionären Einheitsfront, die die gesamte Belegschaft zu einem festen Block zusammenschweißt, der es den Feinden der Arbeiterklasse unmöglich macht, den Streikbruch am 1. Mai gegen die streikenden Arbeiter zu organisieren. Gegen den Versuch der sozialfaschistischen Bürokratie, den 1. Mai zu liquidieren, müssen in allen Belegschaften die Arbeitermassen durch die Annahme von Entschließungen für den politischen Massenstreik beweisen, daß sie es erlehnen, mit Panzerkreuzersozialisten zu demonstrieren, sondern daß sie die Klassenbataillone des Proletariats formieren zum Gegenangriff gegen Ausplünderung, Massenhunger und Faschismus.

Die Maiaktion kann nur durchgeführt werden, wenn das gesamte werktätige Volk für die Auslösung und Durchführung des politischen Massenstreiks mobilisiert wird. Deshalb ist es notwendig, daß an jedem Ort breite örtliche Maikomitees aufgebaut werden, wo jeder Betrieb, jede Stempelstelle ihre Vertreter entsenden. Dieses örtliche Maikomitee führt einheitlich besondere Versammlungskampagnen zur Mobilisierung der gesamten Bevölkerung am Orte durch. Sie schaffen das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit der Millionenarmee der Erwerbslosen.

Die Erbitterung der gewerkschaftlich Organisierten gegen die verbrecherischen Handlungen der sozialfaschistischen Bonzen muß ausgenutzt werden, daß in jeder Zahlstelle und in jedem Ortskartell die Arbeiter es ablehnen, unter der sozialfaschistischen Führung zu demonstrieren und beschließen, unter der Führung der RGO. ein Kampfbündnis mit den unorganisierten und den erwerbslosen Klassengenossen den politischen Massenstreik durchzuführen, als ein Kampfgelöbnis zur Herstellung der revolutionären Einheitsfront.

Die Millionen Erwerbslosen, denen man jetzt versucht noch weiter ihre Hungerpfennige zu kürzen, die vom Kapitalismus verurteilt werden, langsam dem Massenhunger zu erliegen, sie müssen als die Stoßbrigaden des revolutionären Klassenkampfes, zur Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai erfaßt werden. Der Massenstreik der Betriebsarbeiter ist gleichzeitig ein Kampf der Erwerbslosen gegen die Brüning-Regierung, die mit Hilfe von Notverordnungen versucht, die Hungerpfennige der Erwerbslosen vollständig zu rauben. Deshalb muß an jedem Ort ein Agitationslokal der Maikomitees hergelegt werden; dort melden sich die erwerbslosen Klassengenossen zur Einteilung der einzelnen Arbeiten, zur Mobilisierung der Betriebsarbeiter für den Massenstreik. Bildung von Agitationsbrigaden, die vor den Betrieben ihre Klassengenossen aufrütteln, verbunden mit einer Massenwerbung für die RGO. Zusammenstellung von Klebekolonnen und Pinselkolonnen, die die Losungen der Kommunistischen Partei überall dort anbringen, wo es die Arbeitermassen sehen. Bildung von Agitationskolonnen, die in den Häuserblocks und Wohnungen der werktätigen Bevölkerung umhergehen und dort die Massenaufrüttelung der Werktätigen für den politischen Massenstreik am 1. Mai durchführen.

Wichtige Reserven des Proletariats sind die proletarischen Frauen und die werktätige Jugend. Darum müssen in jedem Maikomitee im Betrieb und örtlich Vertreter der Frauen und Vertreter des Jungproletariats mit hineingewählt werden. Organisierung von besonderen Frauenversammlungen, die ihre Vertreter in das örtliche Maikomitee entsenden. Das Jungproletariat, welches besonders brutal unter der kapitalistischen Ausbeutung leidet, gilt es zu erfassen. Hier entsteht dem Kommunistischen Jugendverband und der gesamten revolutionären Arbeiterschaft die Aufgabe, diese rebellierenden Jungproleten als die Avantgarde zur Durchführung des Massenstreiks zu mobilisieren. Die Rebellion erfaßt breite Schichten der sozialdemokratischen Jungarbeiter sowie breite Schichten von Jungarbeitern, die noch in den Klauen bürgerlicher Organisationen sind. Durch die Durchführung von besonderen Diskussionsabenden, wo über die Bedeutung des 1. Mai mit diesen Jungarbeitern diskutiert wird, wird es möglich sein, eine breite Schicht Jungproletarier von den arbeiterfeindlichen Organisationen loszulösen.

Organisierung des Massenstreiks bedeutet, daß das Maikomitee für jeden Betrieb einen strategischen Plan aufstellen muß zur Durchführung des Massenstreikpostendienstes. Deshalb ist es notwendig, daß in den Agitationslokalen Tausende Arbeiter sich einzeichnen müssen als Mitarbeiter für den 1. Mai. Diese arbeitsfreudigen und klassenkämpferischen Elemente müssen in kleine Kaders aufgeteilt werden. Schon vor dem 1. Mai muß jeder einzelne Mitarbeiter und jeder Kader seinen Platz wissen, wo er am 1. Mai bei der Auslösung des Massenstreiks seinen Streikpostendienst versieht. Das brutale Vorgehen des Polizeiapparats gegen die kämpfenden Arbeiter, die Streikbrecherrolle der Gewerkschaftsbürokratie muß unterbunden werden durch die Organisierung des Massenstreikpostendienstes des gesamten werktätigen Volkes. In Betrieben, wo der Massenstreik durch Belegschaftsbeschlüsse gefaßt ist, muß es den Feinden der Arbeiterklasse unmöglich sein, Streikbrucharbeit durchzuführen. Aber auch vor den Betrieben, wo kein Streikbeschluß vorliegt, müssen die werktätigen Massen am 1. Mai stehen, um die Arbeiter von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich einzureihen in die Millionenarmee, die den 1. Mai durch den Massenstreik als eine Kampfansage gegen Lohnraub und faschistische Brüning-Regierung durchführt.

Die breiten Schichten des Mittelstandes und des Kleinbauerntums, deren Existenz durch das Finanzkapital vernichtet ist, sie gilt es mitzureißen zu einer Massenbewegung mit den Arbeitermassen aus den Betrieben und der Millionenarmee der Erwerbslosen. Durch die Durchführung von besonderen Versammlungen müssen diese Schichten überzeugt werden, daß die Kampfansage der Werktätigen durch den Massenstreik gleichzeitig eine Kampfansage ist gegen die brutale Steuerschraube, die ihre Existenz als Kleinbauern und Mittelständler vernichtet. Deshalb ist es erforderlich, daß in den örtlichen Maikomitees auch Vertreter dieser Berufsschichten mit erfaßt werden, zum Kampfbündnis des Mittelstandes mit der Arbeiterklasse.

So wie in den Betrieben das Proletariat mobilisiert wird für die Durchführung des Massenstreiks, genau so muß auch das schulpflichtige Proletariat, die Kinder der werktätigen Massen, die unter den elendesten Verhältnissen leben und existieren, mobilisiert werden. Am 1. Mai geht kein Arbeiterkind zur Schule, sondern demonstriert gegen die Prügelstrafen und gegen den Schulfaschismus. Organisiert Kinderversammlungen für alle Schulen, ganz gleich ob konfessionelle oder weltliche.

Darum wählt Maikomitees in allen Betrieben!

Schafft die Voraussetzung zur Durchführung des Massenstreiks, zur Schaffung des proletarischen Sturmblocks!

Gegen die Lohnräuber und die faschistische Brüning-Regierung!

Mai-Verrat der SPD. in Essen

ADGB.-Kartell Essen gegen Arbeitsruhe am 1. Mai / Wir rufen zum Massenstreik und zur Demonstration des ganzen roten Berlin im Lustgarten

Das größte Ortskartell des Ruhrgebiets, der ADGB. in Essen, hat gegen die Stimmen der Opposition mit Mehrheit beschlossen, in diesem Jahre am 1. Mai nicht zur Arbeitsniederlegung aufzurufen. Die Begründung ist typisch opportunistisch: Man dürfe den Arbeitern diese Feierschicht nicht zumuten.

Aus anderen Teilen Deutschlands kommen ähnliche Meldungen. So hat man in Hannover beschlossen, den 1. Mai auf den 3. Mai zu verlegen, weil das ein Sonntag ist und die Arbeiter sowieso feiern.

Die reformistischen Maischänder bleiben sich treu. Das deutsche Proletariat aber wird gerade in diesem Jahre der kapitalistischen Barbarei noch machtvoller als in früheren Jahren am Weltkampftag für seine revolutionären Forderungen, für den Sieg des Sozialismus und für die Sowjetunion demonstrieren.

Die stärkste, die wuchtigste, die von allen Arbeiterfeinden am meisten gefürchtete und gehaßte Demonstration aber ist der Massenstreik! Weil sie den Ausbeutern ihre Machtlosigkeit demonstriert, sobald die Arbeiterschaft nicht länger willens ist, Sklave zu sein.

Heute berät die Reichsregierung ihre neuen Diktaturverordnungen. Arbeitslose, Betriebsarbeiter, Wohlfahrtsrentner, Invaliden, Kriegsbeschädigte, sie alle sollen beraubt werden. Wir werden am 1. Mai der herrschenden Klasse zeigen, daß die Saat, die sie säen, aufgeht.

Wir setzen die Räder still. Kein Handschlag am 1. Mai. Wir gehen auf die Straßen. Genug der Schmach, genug des Hohns, genug der täglich neuen Herausforderungen, des organisierten Elends und des faschistischen Uebermuts!

Alles mit uns! Alles mit der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Keine Belegschaft bleibe zurück! Zeigt den Brüning, Braun, Hugenberg und Hitler, daß das rote Berlin um so fester steht, je brutaler die reaktionäre Meute es angreift.

Hallo, wo ist euer Betrieb! Hallo, Stempelstellen mobil gemacht! Ihr Frauen, ihr Jungens und Mädels, zeigt den Diktatoren in der Wilhelmstraße, daß auch ihr dabei seid!

Streik auf der ganzen Linie! Um 15 Uhr im Lustgarten. Hunderttausende müssen es sein.

Entfaltet die roten Fahnen des Sieges!

Die Polizei schießt Streikende nieder

Die „Volkswacht" verschweigt schamhaft, daß es ein SPD.-Polizeipräsident ist

Hannover. (Eigener Bericht.) **Seit etwa 14 Tagen stehen die Arbeiter in der Stuhlindustrie des Kreises Springe (Provinz Hannover) in einem Streik gegen Abbau der Löhne und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dieser Streik wurde beschlossen und heldenhaft durchgeführt. Seit einigen Tagen versuchen aber die Unternehmer, Streikbrecher anzuwerben. Sie fanden auch schließlich fünf solche Kreaturen in Hannover. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Barth aus Hannover stellte für diese fünf Streikbrecher eine Polizeibewachung von acht Mann zur Verfügung. Diese acht Schupobeamten mußten auf Anweisung mit den fünf Streikbrechern zusammen im Zuge nach Springe fahren. Als sie am Springer Bahnhof ankamen, stand eine Menge Streikender im Bahnhofsvorraum. Als die Polizeibeamten dies sahen, zogen sie sofort die Gummiknüppel und schlugen die streikenden Arbeiter auseinander. Aber die Mißhandlungen der Streikenden mit dem Gummiknüppel des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten genügten den Polizeibeamten noch nicht. Sie zogen ihre Pistolen und feuerten in die Menge. Eine Anzahl Arbeiter wurde verletzt, von ihnen befindet sich einer in Lebensgefahr.**

Die Erregung unter der Springer Arbeiterschaft über diese Vorfälle ist ungeheuer groß. Sie richtet sich nicht nur gegen die Polizeibeamten, sondern vor allem gegen den

sozialdemokratischen hannoverschen Polizeipräsidenten.

Der „Vorwärts", das Berliner Polizeiorgan, schreibt zu den Springer Vorfällen: **„Gewiß muß die Polizei die öffentliche Ordnung aufrechterhalten,"** und die „Volkswacht" wagt nicht ihren Lesern mitzuteilen, daß es ein sozialdemokratischer Polizeipräsident ist. Sie bringt die Meldung unter der Ueberschrift **„Unruhen bei Streiks"** und kann nicht umhin, zu berichten, daß die Polizeibeamten ohne jede Veranlassung auf die Arbeiter einschlugen und in die Menge schossen, und daß die Erregung der Arbeiterschaft ungeheuer groß ist. Dann schreibt sie:

„Es scheint am Platze, daß die Regierung sich einmal um die Vorgänge in Springer kümmert."

Warum so schamhaft, liebe „Volkswacht", und nicht auch mitgeteilt, daß es ein SPD.-Polizeipräsident ist, in dessen Auftrage die Beamten wie die Bestien in die Menge schossen und auf die Streikenden einschlugen. Das dürfen wohl die ehrlichen Arbeiter in der SPD. nicht wissen? Nur keine falsche Scham, ihr Herren, ihr seid doch sonst immer dabei, die Arbeiter zu beschimpfen und die rasende und schießende Polizei zu rechtfertigen. Oder glaubt ihr, hier einmal billig in „Opposition" und in „Entrüstung" zu machen, weil es niemand weiß, daß — wie überall, wo es gegen die Arbeiter geht —, vor allem die SPD. dabei ist?

Dreifache Erhöhung der Regersteuer

Ratibor. Es wird mitgeteilt: Die städtischen Steuern werden für das Jahr 1931 voraussichtlich in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten festgelegt werden. Die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer vom bebauten Grundbesitz bleiben auf 500 Prozent. Die übrigen Realsteuern erfahren eine gesetzliche Senkung um 20 Prozent. Es werden also erhoben werden Zuschläge zur Grundvermögenssteuer vom unbebauten Grundbesitz 440 Prozent, bisher 500, Gewerbesteuer vom Ertrage 600 Prozent, bisher 750, Gewerbesteuer vom Kapital 2400, bisher 3000 Prozent. Bier- und Gemeindegetränkesteuer sollen unverändert bleiben. Dagegen wird die Bürgersteuer auf das Dreifache erhöht werden.

✦

Der Steuerraubfeldzug geht weiter! Die dreifache Erhöhung der Kopfsteuer ist eine brutale Maßnahme und ist dazu angetan, daß die Werktätigen ihren Hungerriemen noch enger schnallen müssen. Die proletarische Mutter wird ihrem Säugling weniger Milch geben können. Das Schulkind wird weniger trockenes Brot zur Schule mitbekommen. Und auf der anderen Seite wird die Grundvermögenssteuer für unbebaute Grundstücke — Grundstücke, die meistens Spekulationszwecken dienen — ermäßigt. Die Bier- und Getränkesteuer als Massensteuer bleibt bestehen.

Die Kommunisten werden im Stadtparlament die Interessen aller werktätigen Schichten wahrnehmen. Das allein genügt nicht! Die von den Massensteuern betroffene werktätige Bevölkerung muß gegen die erneute steuerliche Massenbelastung ankämpfen; sie muß am 1. Mai gegen Lohn- und Steuerraub demonstrieren!

Roter Sieg bei Siemens

Die ersten Betriebsrätewahlen bei Siemens ergaben einen glänzenden Erfolg für die roten Listen. Im Schaltwerk, wo fast die Hälfte der Belegschaft abgebaut und die meisten oppositionellen Kollegen hinausgeworfen wurden, errang die rote Liste die Mehrheit. Von 8 roten Betriebsräten wurden 5 entlassen. Bei der Einreichung der roten Liste sind die drei ersten Kandidaten auf die Straße gesetzt worden. Im vorigen Jahre war hier die Mehrheit bei den Reformisten. Es wurden im Schaltwerk abgegeben Stimmen:

RGO.	712 (im Vorjahre 1027)
Reformisten	663 (im Vorjahre 1101)
Gelbe	115 (im Vorjahre 259)
Nazis	80 (im Vorjahre —)

Im Elmowerk gelang es der RGO., die Zahl ihrer Stimmen zu erhöhen, während die Reformisten ein Drittel der vorjährigen Stimmen verloren. Es wurden im Elmowerk abgegeben Stimmen: RGO. 584 (479), Reformisten 871 (1244), Gelbe 100 (?), Nazis 255 (—).

Achtung! Mai-Nr. der Arbeiter-Zeitung

Am 30. April erscheint die Sondernummer für den 1. Mai in verstärktem Umfange. Alle Ortsgruppenleiter und Straßenhändler richten sich jetzt schon auf einen verstärkten Vertrieb dieser Kampfnummer der „Arbeiter-Zeitung" bzw. „Neuen Zeitung" und „Arbeiterstimme" ein. Dieselbe kostet im Straßenverkauf 15 Pfennig.

Aus allen Orten sind Inserate für die Mainummer spätestens bis Mittwoch, den 29. April, an die Geschäftsstelle Breslau, Trebnitzer Straße 50, einzusenden.

Landarbeiter, Landarbeiterinnen!

Rüstet zum Gründungskongreß des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter Schlesiens, am Sonntag, dem 26. April, 9 Uhr, in Liegnitz, im „Wintergarten".

Verstärkt die Unterschriftensammlung! Nützt die letzten Tage!

Stürmischer Auftakt zur Hunger-Etatberatung

Trotz Hungeretat ist Geld für Kirchen da — Das Knutenregiment Severings — Schamloses Betrugsmanöver — Leichen-Pietsch verteidigt die Notverordnung — Unter stürmischem Protest der Kommunisten muß er seine verlogenen Phrasen abbrechen

Wie wir bereits berichtet haben, begann gestern im Rathaus die Einleitung der Beratung des Hungeretats. Sie endete außerordentlich stürmisch und zeigte allen Verteidigern des Hungeretats, daß die Breslauer Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei dafür sorgen wird, daß diese Beratung die Massen zum Kampfe gegen diesen Hunger mobilisieren wird.

Eingeleitet wurde sie allerdings in einer Weise, die keinen Schluß darauf zuließ, daß es noch so stürmisch zugehen wird. Der Stadtverordnetenvorsteher Bandmann hielt bei Eröffnung der Sitzung zunächst einen so warmen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen reaktionären Stadtrat Wolf, wie ihn auch ein Pfaffe am Grabe des Verstorbenen nicht hätte besser halten können. **Er konnte es gar nicht genug bedauern, daß dieser Reaktionär gestorben ist, und es ihm daher nicht vergönnt war, das werktätige Volk Breslaus noch länger zu drangsalieren.**

Nach dieser Leichenrede, mit der Bandmann seinem Freund Pietsch Konkurrenz gemacht hatte, wurde eine ganze Anzahl von Tagesordnungspunkten erledigt, die nicht von allgemeinem Interesse sind. Nur bei einem Punkt kam es gleich zu einer kurzen, aber scharfen Auseinandersetzung mit unserer Fraktion. Der Magistrat hatte als Beihilfe zur Erneuerung einer Turmuhr an der evangelischen Kirche in Deutsch-Lissa eine Beihilfe von 300 Mark beantragt. Obwohl es sich angesichts des Riesenetats nur um eine kleine Summe handelte, wurde im Auftrage unserer Fraktion in schärfster Weise dagegen Stellung genommen. Unser Redner führte aus, daß es angesichts der großen Not, die in Breslau herrscht, unerhört sei, wenn trotzdem noch Gelder für die Kirche bewilligt werden. Auch ein Vertreter der Sozialdemokratie sprach sich dagegen aus, trotzdem wurden mit 42 gegen 31 Stimmen die 300 Mark bewilligt. Nachdem noch eine weitere Reihe von Gegenständen erledigt war, die nicht von allgemeinem Interesse waren, kam ein Punkt zur Diskussion, der einen außerordentlich stürmischen Ausgang nahm.

Es handelte sich darum, Stellung zu nehmen gegen das Diktaturregime, welches in den letzten Monaten über eine große Anzahl von Städten in Deutschland verhängt wurde, worunter sich bekanntlich auch Breslau befindet, das im Auftrage von Severing seinerzeit sogar mit zwei Staatskommissaren beglückt wurde.

Während die Kommunistische Partei nicht nur im Stadtparlament, sondern durch große Protestaktionen gegen dieses Knutenregiment protestiert hatte, hatte die Stadtverordnetenversammlung sich darauf beschränkt, eine Beschwerde an das Preußische Staatsministerium gegen die Verhängung dieses Diktaturzustandes zu richten. Auf diese Beschwerde hatte das Ministerium in einer direkt verhöhnenden Weise dadurch geantwortet, daß es diese Beschwerde in den Papierkorb wandern ließ, während der Magistrat selbst, gegen den sich diese Beschwerde ebenfalls gerichtet hatte, überhaupt nicht darauf reagiert hatte. Nun sollte die gestrige Versammlung gegen diese Behandlung wiederum Protest erheben. In Wirklichkeit handelte es sich natürlich um nichts anderes als um eine schamlose Komödie, die aufgeführt werden sollte, um dadurch für die Einleitung der Beratung des Hungeretats eine Plattform zu finden, auf der insbesondere die linken Sozialdemokraten ihre Eiertänze aufführen wollten. Ein solcher Eiertanz wurde gestern schon aufgeführt. Zunächst hatte Leichen-Pietsch als Berichterstatter zu diesem Punkt versucht den Eindruck zu erwecken, als ob es sich hier nicht um eine Maßnahme, die durch die Preußenregierung im Einverständnis mit der Reichsregierung vor sich gegangen wäre, sondern daß es im Grunde genommen nur Schuld des Magistrats wäre, daß auf diese Weise die Selbstverwaltung abgebaut wurde. Dann tat Eckstein das gleiche. Unsere Fraktion hatte schon durch ihre Zwischenrufe eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt sei, dieses Betrugsmanöver zu dulden. Nachdem der Oberbürgermeister auch einige Phrasen dazu gedroschen hatte, nahm unser Genosse Adelt das Wort, um in einer kurzen, aber scharfen Rede diese Komödie zu entlarven. Er wies darauf hin, daß dieser Abbau der Selbstverwaltung nichts anderes sei, als ein Teil der allgemeinen Durchführung des Faschismus in Deutschland. **Er sprach den Sozialdemokraten das Recht ab, gegen diese Maßnahmen zu protestieren, da diese unter Führung des Sozialdemokraten Severing vorgenommen sei und im Grunde genommen nichts anderes darstelle, als die Auswirkung der verbrecherischen Koalitionspolitik der Sozialdemokratie.** Genosse Adelt brandmarkte die Unterstützung der Brüning-Regierung durch die SPD., durch die sie erst zu diesem Abbau der Selbstverwaltung gekommen sei. Am Schluß kam Genosse Adelt noch auf die Hilfe der Sozialdemokratie bei den zuletzt von Brüning erlassenen Notverordnungen zu sprechen, die den Zweck verfolgen, jeden Angriff gegen diesen Abbau der Demokratie illusorisch zu machen. Es war verständlich, daß die Sozialdemokraten durch diese Entlarvung in große Wut gerieten und durch Zwischenrufe versuchten, die Peitschenhiebe abzuwehren, die sie von Genossen Adelt erhielten. Dieser ließ sich aber in keiner Weise abhalten, seine Abrechnung gründlich zu Ende zu führen.

Voller Empörung versuchte Leichen-Pietsch die Wirkung dieser Abfuhr abzuschwächen. Im Schlußwort zu diesem Punkt wiederholte er das Betrugsmanöver, und als er wiederum von unseren Genossen durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen wurde, und dadurch in große Verlegenheit geriet, da glaubte er dieser Verlegenheit am besten dadurch Herr zu werden, daß er sich breitspurig vor unsere Fraktion hinstellte und fast triumphierend sagte: **„Ihr kommt zum Schluß dran."** Aber es kam etwas anders, als Leichen-Pietsch sich seinen Triumph vorstellte. Er hatte kaum einige Sätze gesprochen, da setzte der Sturm unserer Genossen ein, und nun sausten die Zwischenrufe hageldicht wie Peitschenhiebe auf diesen Freidenker-Pfaffen nieder. Als er, in die Enge getrieben, sich nicht anders zu helfen wußte, als unserer Partei die Schuld an den neuen Notverordnungen zuzuschieben, **„weil sie nicht mit den Nazis aus dem Reichstag gezogen sind,"** da war es um Pietsch geschehen. Vergebens versuchte ihm sein Freund, der Stadtverordnetenvorsteher, zu Hilfe zu kommen, der sogar Ordnungsrufe an unsere Genossen austeilte. Unsere Fraktion ließ sich diese verlogene Demagogie nicht gefallen, und es hätte nicht viel gefehlt, da hätte Pietsch die Fäuste unseres Genossen Zylla zu spüren bekommen. Schon eilten ihm auch andere Freunde zu Hilfe, aber mit seinem Reden war es vorbei. Er mußte seine verlogenen Phrasen abbrechen und abtreten. Nachdem unsere Genossen noch gegen das Gebaren des Stadtverordnetenvorstehers protestiert hatten, legte sich der Sturm, und dann konnte der Stadtkämmerer zur Einleitung der eigentlichen Kampfes um den Hungeretat seine Rede halten, die ebenfalls von entsprechenden Zwischenrufen unserer Genossen begleitet wurde. Mit dieser Rede, auf die wir noch besonders zurückkommen werden, fand die Sitzung ihr Ende.

Der Verlauf dieser Sitzung hat insbesondere den Sozialdemokraten gezeigt, daß die Kommunistische Partei dafür sorgen wird, daß es den „Linken" diesmal nicht gelingen wird, durch „radikale" Reden im Stadtparlament die Werktätigen Breslaus über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß der Hunger in Breslau und damit auch der Hungeretat nur die natürliche Folge der Hungerpolitik ist, die in Preußen und im Reiche mit Hilfe der SPD. betrieben wird.

Das Hungerbarometer in Breslau steigt weiter

Die Arbeitslosenziffer nimmt weiter zu

In der ersten Aprilhälfte ist wieder ein kleiner Rückgang der Arbeitslosen zu verzeichnen, der aber in der Hauptsache saisonmäßig bedingt ist. Daß dem so ist, geht bereits aus der Tatsache hervor, daß der Rückgang geringer war, als in der zweiten Märzhälfte. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist während des Berichtszeitraumes von 401 741 auf 387 319, also um 17 524 zurückgegangen. Von den Arbeitsuchenden, die am 15. April ermittelt wurden, entfallen 281 074 auf Niederschlesien, 106 272 auf Oberschlesien. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich während des Berichtszeitraumes von 274 413 auf 246 467 (191 127 Alu-, 55 340 Kru-Empfänger) vermindert. 173 476 Hauptunterstützungsempfänger entfallen auf Niederschlesien, 72 992 auf Oberschlesien. Der Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden entfällt fast ausschließlich auf die Außenberufe, während die meisten anderen Berufsgruppen eine wenn auch meist nur schwache Zunahme in der Zahl der Arbeitsuchenden aufweisen.

In Breslau ist die Zahl der Erwerbslosen sogar weiter gestiegen.

An dieser Zunahme sind fast alle Berufe beteiligt. Die weiter anhaltende Verschärfung der Wirtschaftskrise tritt vor allen Dingen in folgender Tatsache hervor: die Arbeitslosenzahl ist gewachsen im Bekleidungsgewerbe, im Metallgewerbe, im Nahrungs- u. Genußmittel- und Verkehrsgewerbe.

Hier zeigt sich auf der einen Seite beim Metallgewerbe, daß eine Konjunkturbesserung nicht im Anzuge ist und das weitere Anwachsen in anderen aufgeführten Gewerben zeigt die furchtbaren Auswirkungen der Lohnraub-, Steuer- und Zollpolitik. Sie engen die Konsumfähigkeit immer weiter ein. Die Entlastung der Finanzen in den Staats- und Gemeindekassen, die durch diese Politik erreicht werden sollte, erweist sich in Wirklichkeit als ein verzweifelter Versuch, den unausbleiblichen Bankrott anstatt aufzuhalten noch zu beschleunigen.

In Breslau tritt dies besonders in zwei Tatsachen in Erscheinung. Erstens darin, daß die Zahl der Wohlfahrtsempfänger aus den Kreisen des Mittelstandes, der sogenannten nicht versicherungspflichtigen Schichten geradezu unheimlich wächst. Zweitens in dem ungeheuren Rückgang der Steuereinnahmen. Die Mehreinnahmen durch Erhöhung der Steuern werden vollständig beseitigt durch den Rückgang des Konsums.

Eine Aussicht, daß hier eine entscheidende Aenderung zum Besseren eintreten könnte, besteht nicht. Im Gegenteil sind sehr viele Anzeichen vorhanden, daß der Abstieg der Wirtschaft in Breslau weiter anhalten wird, wobei auch die sogenannte Osthilfe eine sehr bedeutsame Rolle spielen wird. Diese trägt ausgesprochen großagrarischen Charakter und muß sich daher ganz von selbst unheilvoll für die städtische Bevölkerung auswirken, um so mehr, da ja auch die allgemeine Reichs- und Landespolitik auf die Wahrnehmung der Junker-Interessen zugeschnitten ist.

Ein alarmierendes Signal für diese Hungerentwicklung stellt die bereits in unserer Zeitung besprochene Erhöhung des Brotpreises dar. Diese Entwicklung wird ja auch in der gestern begonnenen Etatberatung in Erscheinung treten. Die werktätige Bevölkerung Breslaus hat daher allen Anlaß, mit wachsamem Auge diese Entwicklung zu verfolgen. Und nicht nur das. Zur höchsten Aktivität müssen wir unsere Reihen mobilisieren. Dazu bietet jetzt der 1. Mai besonderen Anlaß. Er muß gerade in Breslau zu einem Kampftage von weithin erkennbarer Wucht gestaltet werden.

Der Magistrat Breslau trägt sich angesichts der voraussichtlichen weiteren Steigerung der Not mit dem Gedanken, die geplante Schaffung einer Beratungsstelle für „Selbstmörder" zu unterstützen. Am 1. Mai muß den Machthabern in Breslau so eindringlich wie möglich zum Bewußtsein gebracht werden, daß die werktätige Bevölkerung nicht Beratungsstellen für „Selbstmörder", sondern Brot und Freiheit will. Deshalb ist das Gebot der Stunde für alle, die nicht hungern oder verhungern wollen:

Heraus am 1. Mai zum Kampfaufmarsch gegen Hunger und Not — für Freiheit und Brot!

Auswanderung Erwerbsloser nach dem Friedhof wird „organisiert"

20 Millionen sind in Deutschland zuviel, also sprach der feine Herr Dr. Brecht, der auch Justizminister war. Das Breslauer Wohlfahrtsamt, besonders die Kreisstelle 6 unter dem Leiter Liepelt will die Breslauer Erwerbslosen bewegen, bei diesem Auswandern die ersten zu sein.

Der Wohlfahrtsempfänger Strzedulla befindet sich seit Januar d. J. wegen eines im Felde zugezogenen Darmleidens in ärztliche Behandlung und soll diät leben. Diese Ermahnung gab man ihm nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus im März mit auf den Weg. Seiner Frau und seinen minderjährigen Kindern wurde für Januar eine Gesamtunterstützung von 20 Mark bewilligt. Da noch Mietrückstände vorhanden waren, wurde das Geld nicht ausgezahlt, sondern dem Hauspascha überwiesen. „Was geht es mich an, von was die Erwerbslosen leben, denken die Herrschaften." Für den Monat März wurden 50 Mark bewilligt. Diesen Betrag erhielt Liepelt zur Ueberweisung. Da der Ehemann sich zur Zeit noch im Hospital befand, schickte man jemanden in die Wohnung, wo von der Frau eine Quittung über 50 Mark unterschrieben werden mußte. Geld erhielt sie jedoch nicht, sondern wurde für einen anderen Tag nach der Kreisstelle bestellt, und dort zahlte man ihr erst einmal 10 Mark. An einem anderen Tage nach Abzug von 18,01 Mark Restmiete den übrigen Betrag. Da es nun St. nicht möglich war, bei diesen Pfennigen seine Diätkost, welche pro Tag eine Summe von 3 Mark verschlingt, sich zu beschaffen, wandte er sich nach der Kreisstelle 6, Zimmer 13. Dort verwies man ihn an Liepelt, da diesem ein Fonds zur Bewilligung von Mitteln in dringenden Fällen zur Verfügung steht. „Was geht mich deine Diät an, dachte Liepelt, und verweigerte seine Hilfe."

Von den für April bewilligten 50 Mark wurden gleichfalls 20 Mark Miete abgezogen, so daß diese sechsköpfige Familie 30 Mark plus 19,80 Mark Krankengeld für einen ganzen Monat zum Lebensunterhalt zur Verfügung hat.

Nun, die Auswanderung nach dem Friedhofe beginnt. Die Breslauer Erwerbslosen sollen die ersten sein. An den Breslauer Erwerbslosen liegt es selbst, zu kommandieren: „Bis hierher und nicht weiter" und auch danach zu handeln.

Heute abend

im „Schießwerder" Rote-Hilfe-Versammlung. Gen. Dombrowski spricht.

Massenmobilmachung

zum Massenstreik und Kampfaufmarsch am Freitag, dem 1. Mai!

Alle Partei- und Jugendgenossen, alle sympathisierenden Werktätigen, alle Mitglieder der RGO. und des Kampfbundes, alle Mitglieder und Freunde der Roten Hilfe, IAH. und der proletarischen Kulturorganisationen

Heraus am kommenden Sonntag!

Meldet euch noch heute in den Agitationslokalen in euren Stadtteilen. Organisiert sofort die Massenagitation am kommenden Sonntag. Teilt die Straßenzüge ein, arbeitet die Parolen aus, bestimmt die Genossen und stellt die Gruppen zusammen. Bereitet alles vor zum

Massensturm auf die Wohnhöhlen und Elendsquartiere, auf die Hinterhäuser und Proletenviertel!

Antreten der Stadtteile: Nord: „Stadt Namslau", Matthiasstraße; Nordost: Hirsch-, Ecke Bockstraße; Ost: Zoudlick, Königgrätzer Straße; Zentrum: „Roter Löwe", Kupferschmiedestraße; West: „Anglerheim", Leuthenstraße; Süd: Freiheitsgasse 2.

Heraus zur Landpropaganda

Sonntag, den 26. April, um 8 Uhr, treffen sich alle Parteigenossen und Sympathisierenden im Anglerheim auf der Leuthenstraße zur Landpropaganda.

Sportgenossen!

Die Jiu-Jitsu-Abteilung muß jetzt immer restlos und pünktlich zur Uebungsstunde erscheinen, da jetzt die „Rast"-Uebungen durchgenommen werden. Uebungsstunden sind jeden Dienstag und Freitag 20 Uhr in der Anderssen-Turnhalle.

Sportverein „Fichte"

Heute Freitag um 19,30 Uhr Gymnastik und Sprechchorprobe in der „Riviera", Eichenparkstraße.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Oskar Holewa, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Kreißner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Rund um den Erdball

Läßt Ministerpräsident Braun Kürtens Kopf rollen?

Vom Dieb durchs Zuchthaus zum Schaffott

Eine „Volkspolizei", die den Massenmörder schützte und dessen Opfer drangsalierte

Im Zusammenhang mit den Fragen, die der Kürten-Prozeß aufgerollt hat, weisen wir noch einmal auf die Schrift des Genossen Prof. Felix Halle, „Geschlechtsleben und Strafrecht", hin. In diesem Buch sind die Fragen der Zurechnungsfähigkeit bei Sexualverbrechern eingehend behandelt und an zahlreichen Beispielen die klassenmäßige willkürliche Art der Entscheidung belegt worden. Auch die Probleme der Abtreibung, der Blutschande und aller mit dem Geschlechtsleben zusammenhängender Fragen sind in ihrer strafrechtlichen und sozialen Bedeutung untersucht.

Das neunfache Todesurteil gegen Kürten gründet sich auf die Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen, welche als Hilfswerkzeuge der bürgerlichen Klassenjustiz die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit des Kürten bejaht haben. Da Kürten auf Anraten seines Offizialverteidigers auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet hat, ist das Urteil des Schwurgerichts bereits am Tage der Urteilsverkündung rechtskräftig geworden.

Ueber ein eventuelles Gnadengesuch Kürtens oder seines Verteidigers hat das preußische Staatsministerium unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Braun zu entscheiden. Der Justizminister Schmidt ebenso wie der Offizialverteidiger des Kürten ein Mitglied des Zentrums, hatte nach der Hinrichtung des Berliner Sexualmörders Böttcher, der er selbst in Plötzensee beigewohnt hatte, im Landtag erklärt, daß er dem Staatsministerium empfohlen habe, auch vor einer geplanten Abschaffung der Todesstrafe im neuen Strafgesetzbuch keine Hinrichtung mehr anzuordnen. Das preußische Staatsministerium hat auch seiner Zeit einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Es wird sich nunmehr zeigen, wie weit sich das Ministerium an seine Beschlüsse gebunden hält.

Peter Kürten

Für die werktätige Bevölkerung muß der Fall Kürten ein Beispiel dafür sein, wie wenig der bürgerliche Staat die Sicherheit der Angehörigen der proletarischen Klasse schützt, obwohl er in seinen Phrasen immer das Gegenteil behauptet. Die bürgerliche Klasse hat zwar ein Interesse, auch die einzelnen Individuen der proletarischen Klasse strafrechtlich nicht schlechtweg schutzlos zu lassen. Denn wenn die besitzende Klasse die unterworfene Klasse ausbeuten will, so muß sie auch dem Einzelmitglied der unterworfenen Klasse in der Regel Strafschutz gewähren, weil sie ihre Ausbeutungsobjekte sich erhalten muß. Diese Regel wird freilich ständig durch Ausnahmen unterbrochen. Wir brauchen hier nur an die politische Klassenjustiz zu denken, die faschistische Mörder mit den verschiedensten Methoden den strafrechtlichen Folgen ihrer Tat entzieht und Angehörige der Arbeiterklasse auch gegenüber Mordtaten ihrer politischen Gegner ohne Strafschutz läßt.

Die Entwicklung des Massenmörders

Der Fall Kürten hat ferner eine außerordentliche sozialpolitische Bedeutung. Peter Kürten, das Kind eines Säufers und Kriminellen, hat in seiner Jugend wenig Gutes von der sozialen Fürsorge des Staates erfahren. Er erhielt eine streng katholische Erziehung, war den Mißhandlungen seines Vaters ausgeliefert. Den Eingriff des Staates lernte er in seinen jüngsten Jahren nur dadurch kennen, daß der Vater von eben diesem Staat von Zeit zu Zeit eingesperrt wurde, wodurch zwar die Quälereien für den Augenblick aufhörten, die Notlage der Familie aber eine umso größere wurde. So durch Erbanlage wie Umwelt dazu vorbereitet, wurde Kürten bereits als Jugendlicher kriminell. Nach einer Unterschlagung im Alter von 16 Jahren und anschließender Verurteilung wegen Diebstahl wird Kürten Gewohnheitsdieb. Nach seinen Angaben hat er bereits im Kindesalter vor erlangter Strafmündigkeit aus Bosheit Altersgenossen in mehreren Fällen ins Wasser gestoßen und in zwei Fällen auch das Ertrinken durch Vereitelung der Rettung bewußt herbeigeführt. Im Gefängnis überaus auffässig, wird er vielfach disziplinarisch bestraft. In der Grausamkeit des Strafvollzuges entwickelten sich, wie Kürten bis zu einem gewissen Grade glaubhaft schildert, seine sadistischen Neigungen. Den eigentlichen Uebergang von seinen Diebstahlsverbrechen zu den Taten, um derentwillen er jetzt verurteilt ist, bildet der Lustmord an der Tochter eines Kölner Arbeiters Klein, in dessen Wohnung er einbrach. Soweit Kürten sich in Freiheit befand, bewegte sich seine Betätigung zwischen Diebstählen, gelegentlicher Arbeit, Heiratsschwindeleien und Ueberfällen auf Frauen und Kinder. Hierzu gesellen sich einige rohe Gewalttaten auch gegen Männer, die sich in einer hilflosen Situation befanden. Der erfolgreiche Massenmörder Kürten ist also das Produkt krankhafter Erbveranlagung, einer kriminellen Umwelt und einer staatlichen und religiösen Erziehung in preußischen Schulen, Gefängnissen und Zuchthäusern. Die äußerste Roheit gegen den Wehrlosen, die Knechtseligkeit neben plötzlicher Auffässigkeit sind die Ergebnisse dieser Einflüsse.

Kommunistenhatz schafft freie Bahn dem Massenmörder

Obwohl Kürten ein langes Vorstrafenregister besaß — er war vor seiner letzten Verhaftung im ganzen 22½ Jahre hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern verbracht —, ließ die Düsseldorfer Polizei nach der Entdeckung einer Reihe Mordtaten des Kürten zum mindesten drei — von verschiedenen Seiten — gegen Kürten einlaufende Anzeigen unbeachtet. So wurde eine Frau Hauptmann, die bereits im Jahre 1913 mit Kürten ein Verhältnis hatte und von ihm schon damals gewürgt worden war, mit ihrer Beschuldigung gegen Kürten von der Polizei abgewiesen. Ein Mädchen namens Heerstraß, das Kürten nach einem mißglückten Notzuchtsversuch gewürgt und in die Düssel geworfen hatte, wurde von der Polizei durch ein elfstündiges quälendes Verhör zu dem falschen Eingeständnis gebracht, daß ihre Anzeige gegen Kürten falsch wäre. Die Düsseldorfer Polizei hat das Mädchen sogar für seine Anzeige gegen Kürten durch Strafmandat mit mehrwöchigem Gefängnis bestraft. Auch an die Beschuldigungen der letzten Zeugin Budlies, die schließlich zu seiner Ueberführung beitrug, trat die Polizei nur mit auffallender Zurückhaltung heran. Merkwürdigerweise wurde auch die Frau des Kürten in der Hauptverhandlung nicht persönlich vernommen, sondern ihre Aussagen nur nach richterlichem Protokoll verlesen. Das Verhalten der Polizei erweckt den Eindruck, als ob sie Tatsachen zu verbergen hat, deren Bekanntwerden in der Oeffentlichkeit der Behörde nachteilig werden kann. Bei Kürtens rachsüchtigem und schwierigen Charakter liegt die Vermutung nahe, daß er der Behörde dunkle Dienste erwiesen hat.

Kürten als „Retter" der Sittlichkeit

Die sozialdemokratischen Minister sprechen mit Vorliebe von dem jetzigen Staat als einem „Volksstaat" und von der Polizei als einer „Volkspolizei". Unübertrefflich wird das wahre Bild dieses „Volksstaates" und dieser „Volkspolizei" charakterisiert durch folgende Begebenheiten: Die staatliche Ordnungspolizei mit Einschluß der Kriminalpolizei beschäftigt sich an Sonn- und Feiertagen in Düsseldorf 1929—30 wiederholt damit, die werktätige Bevölkerung mit Waffengewalt an der Ausübung ihrer Demonstrationsfreiheit zu hindern. In derselben Zeit überfällt und ermordet Kürten hilflose, ungeschützte Frauen und Kinder. Die Behörde arbeitet förmlich nach dem Motto: Freie Bahn dem tüchtigen Massenmörder!

In dieses System paßt hinein, daß der sexualkranke Verbrecher Kürten noch auf der Anklagebank, sei es vom Gefängnisgeistlichen, sei es von einer andern Behördenstelle, mißbraucht worden ist, um eine Moralpredigt, ganz im Stile eines Kanzelredners, gegen den Kulturbolschewismus in seinem Schlußwort zu halten. Schon während der Verhandlung hatte Kürten Andeutungen im gleichen Sinne und unter gleichem Einfluß gemacht. So erklärt er u. a., daß er in seiner Jugend zu einem eigentlichen Geschlechtsverkehr verhältnismäßig spät gekommen sei, „weil die Mädchen damals noch nicht so unsittlich wie heute gewesen seien." Wenn Kürten in seinem Schlußwort zu einem Vorkämpfer für den Paragraph 218, gegen die Gottlosenbewegung usw. avanciert ist, so zeigt das nur, daß die Geistlichkeit und das reaktionäre Beamtentum das Strafrecht im heutigen „Volksstaat" noch so handhaben wie zur Zeit des Absolutismus und der kirchlichen Vorherrschaft. Also in einer Zeit, in der es den Behörden immer darauf ankam, vor den martervollen Hinrichtungen den Täter zu einem reumütigen Geständnis seiner Schuld zu bewegen, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von den sozialen Ursachen des Verbrechens abzulenken. Die Aufgabe der Arbeiterschaft und vor allen Dingen ihrer führenden Partei ist es jedoch, gerade die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die sozialen Ursachen des Verbrechens hinzuweisen. Mit der Verurteilung dieses Massenmörders zum Tode durch das Schafott glauben jetzt die Behörden im Interesse der absterbenden bürgerlichen Gesellschaft den Fall Kürten erledigen zu können. Wir jedoch sind anderer Meinung. Denn diese Kette scheußlichster Verbrechen ist symptomatisch für die gegenwärtige Verfallsperiode des kapitalistischen Hungersystems, in dem ein Denke abgelöst wird durch einen Haarmann, und dieser wiederum durch einen Kürten. Und wer wird morgen das blutige Handwerk Peter Kürtens, des Düsseldorfer Massenmörders fortsetzen . . . ?

Vertrauensmann im Bullerjahnprozeß als Waffenschieber

Gontard der Waffenschiebung beschuldigt

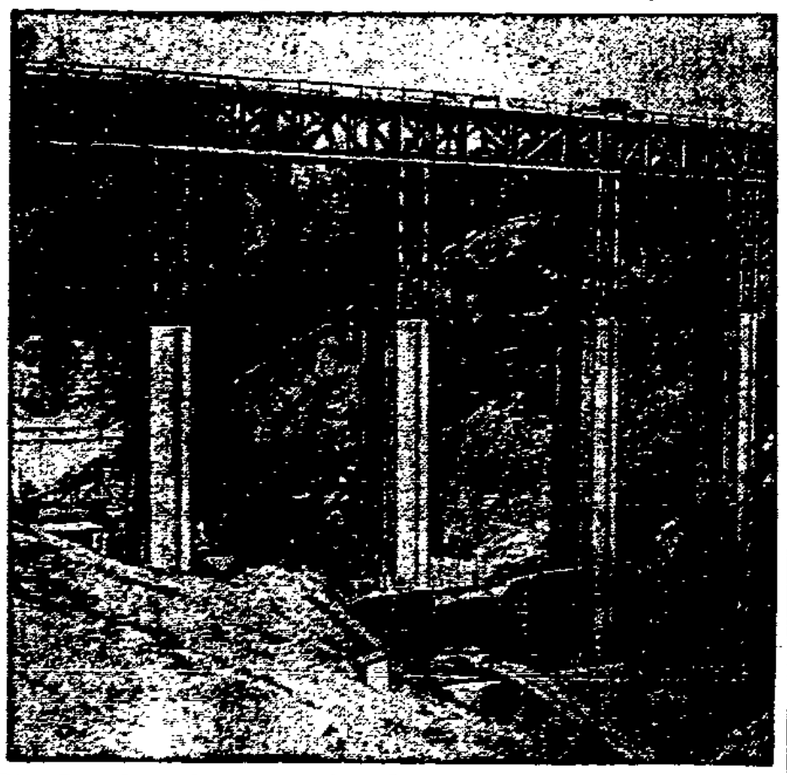
Die dunklen Geschäfte der „über jeden Zweifel erhabenen Vertrauensperson" des Reichsgerichts

Leipzig, 23. April. Gegen den früheren Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke v. Gontard, der bekanntlich in dem Landesverratsprozeß gegen den Lagerhalter Bullerjahn von den Anklagevertretern „als eine über jeden Zweifel erhabene unbenannte Vertrauensperson" bezeichnet wurde, ist jetzt von der Oberreichsanwaltschaft in Leipzig ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden; v. Gontard wird vorgeworfen, in den letzten Jahren Waffen oder Waffenteile im Widerspruch mit den geltenden Gesetzen nach Polen durch Vermittlung eines Agenten über eine Danziger Firma verkauft zu haben.

In diesem Verfahren haben bereits mehrere Vernehmungen stattgefunden. Ferner sind Urkunden in die Hände der Oberreichsanwaltschaft gelangt, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß sich v. Gontard mit allerlei gesetzwidrigen Schiebungen abgegeben hat.

Den Verteidigern des immer noch unschuldig im Zuchthaus schmachtenden Bullerjahn, die bereits versucht haben, durch einen Ehescheidungsprozeß der Frau Bullerjahn ein Wiederaufnahmeverfahren zu erzwingen, wird die neueste Wendung dieser empörenden Affäre der deutschen Klassenjustiz hoffentlich endlich Gelegenheit geben, diese „über jeden Zweifel erhabene Vertrauensperson" des Reichsgerichts als ganz gefährlichen Dunkelmann zu entlarven.

Der Bau der größten deutschen Talsperre



Die Saaletalsperre bei Saalburg: über den Betonpfeilern, an deren Fuß die Riesen-Abflußrohre eingebaut werden, ist jetzt die große Holzbrücke fertiggestellt, die ausschließlich für den Guß der Betonmauer bestimmt ist

Zugzusammenstoß in Polen

In der Nacht zum Donnerstag stießen in der Nähe von Lodz zwei Güterzüge zusammen, wobei 48 Wagen entgleisten. Ein Eisenbahnbeamter wurde getötet, zwei wurden schwer und acht leicht verletzt.

Schweres Grubenunglück bei Zeitz

13 Bergleute gasvergiftet

Halle, 23. April. Nach einer Meldung aus Zeitz ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch auf Schacht 113 der Grube Mosig ein schweres Grubenunglück, wobei 13 Bergleute mit schweren Grubengasvergiftungen ans Tageslicht befördert wurden.

Autobus in einen Fluß gestürzt

15 Schwerverletzte

Warschau, 23. April. Ein vollbesetzter Autobus, der auf der Fahrt nach Lodz eine Brücke über den Nerfluß passieren mußte, hatte in dem Augenblick, als er die Brücke passierte, einen Achsenbruch. Der Wagen wurde mit voller Wucht gegen das Brückengeländer geschleudert und stürzte in den Fluß. 15 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin

Waldenburger Bergland

Wie lange wollen sich die Mieter noch betrügen lassen!

Reaktionärer Kurs auf der Frühjahrskonferenz des Mieterschutzverbandes für das Waldenburger Gebiet

Nur die Kommunisten vertreten Mieterinteressen

Im Zeichen der Notverordnungen vom 28. März fand in Polsnitz bei Freiburg die Frühjahrskonferenz des Mieterschutzverbandes für das Waldenburger Bergland statt. Wer aber erwartet hat, daß diese auch der Konferenz ihr eindeutiges Gesicht aufprägen werden, sah sich durch den Verlauf sehr enttäuscht. Wenn nicht unsere oppositionellen Delegierten die Gelegenheit wahrgenommen hätten, pflichtgemäß die Politik der Brüning-Regierung, die sich so ungeheuerlich gegen die Mieter auswirkt, anzuprangern, ebenso die von der SPD. hierbei geleistete Hilfe, dann wären die Notverordnungen wahrscheinlich mit ein paar hohlen Phrasen abgetan worden. Diese Tatsache wirft ein so bezeichnendes Licht auf die Führer des Verbandes, daß es höchste Zeit wird, daß einmal in der breitesten Oeffentlichkeit dazu Stellung genommen wird. Ueber die belanglosesten Dinge konnten zehn und mehr Redner in der Diskussion ihren Quatsch verzapfen, aber um einen ernsthaften Kampf bzw. über Maßnahmen hierzu, um den Mietern wirklich zu helfen, dafür hatte man keine Zeit. Die Mitgliedern in den verschiedenen Mietervereinen werden dafür sorgen müssen, daß bei weiteren Konferenzen auch Delegierte gewählt werden, die ernsthaft gewillt sind, Mieterinteressen zu vertreten.

Der Geschäftsführer Schubert erstattete Bericht vom Verbandstag in Magdeburg und streifte dabei auch die Notverordnung und deren für die Mieter so verhängnisvollen Auswirkungen. Aber er vergaß dabei wohlweislich zu erwähnen, daß es seine Parteigenossen waren, die erst diese Notverordnung möglich gemacht haben. Deshalb war es auch verständlich, daß er nicht mit einem Worte sagte, was eigentlich gegen diese neue Mieternot unternommen werden soll. Lediglich eine Resolution soll der Regierung zugesandt werden, von der selbst die sozialdemokratischen Delegierten ganz richtig sagten, daß sie nur für den Papierkorb bestimmt sein kann.

Nur unsere Genossen, und zwar Gründel, Hermsdorf, Wituba, Salzbrunn, und Neumann, Weißstein, brachten das zum Ausdruck, was von allen Mietern verlangt wird. Sie kritisierten nicht nur, sondern wiesen auch den Weg, der von der Mieterschaft beschritten werden muß, wenn die Anschläge auf die Mieter aufhören sollen. Scharf prangerten sie wohl das mieterfeindliche Verhalten der bürgerlichen Parteien als auch jenes der SPD. an und brachten zum Ausdruck, daß alle die Mieter, die das erkennen, auch dieser Partei den Rücken kehren müßten.

Die drei Genossen brachten auch eine Resolution ein, in der die Mietervereine verpflichtet werden, von ihren Mitgliedern, die in irgendeinem Parlament sitzen, zu verlangen, alle Gesetze, Verordnungen usw., die sich gegen die Mieter richten, abzulehnen, andernfalls sie auszuschließen sind. Weiter wird die Ausarbeitung eines Kampfprogramms gefordert, in dem außer dem parlamentarischen und auch der außerparlamentarische Kampf mit dem Ziele des Mieterstreiks enthalten sein muß.

Obwohl der größte Teil der Mitglieder mit dem Inhalt der Resolution einverstanden war, wagten sie nicht, aus Angst vor dem Bezirksvorstand, dafür zu stimmen, und so wurde die Resolution gegen drei Stimmen abgelehnt. Um eine weitere Aufrüttelung der Mitglieder zu verhindern, wurde ein Schlußantrag eingebracht und gegen 12 Stimmen angenommen.

Nachmittags folgte der Bericht über die gemeinnützige Wohnungsfürsorge. Auch hier dasselbe Bild: man wollte und durfte nicht eingestehen, daß es im kapitalistischen System nicht möglich ist, gute wie auch zugleich Wohnungen zu erschwinglichen Mieten für den Arbeiter zu schaffen. Innerhalb von fünf Jahren seit Bestehen sind 360 Wohnungen im Bezirk erbaut worden, außer einzelnen Häusern sind die Mieten zwischen **7 bis 7,50 Mark pro Quadratmeter, sogar bis 8,50 Mark. Das entspricht einer Monatsmiete von 30 bis 42 Mark. Daß solche Wohnungen für einen Bergarbeiter nicht in Frage kommen, ist ganz klar.**

In der Diskussion wurden scharf die Maßnahmen des Grundstücksverwalters kritisiert, der selbst vor Zwangsexmittierung nicht zurückschreckt. Die Ausführungen des Genossen Neumann waren ihm sehr unangenehm, und er versuchte, das, was er im ersten Tagesordnungspunkt im Schlußwort „vergessen" hatte, jetzt nachzuholen in Form einer dummen, aber frechen Kommunistenhetze. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden außer der Vorstandswahl schnell erledigt.

An der organisierten Mieterschaft wird es in der Zukunft liegen, diesen Dingen mehr Beachtung zu schenken, überall Delegierte zu wählen, die auf dem Boden des Kampfes der Mieterschaft stehen, um die Mieterschaft besseren Verhältnissen entgegenzuführen.

„Wohlfahrtspflege" des evangelischen Frauenvereins

Am Montag, dem 20. April, wurden in Ober-Waldenburg von obengenanntem Verein die Erwerbslosen in Form von getragenen Sachen beschenkt. Wie dieses aber vor sich ging, darüber wollen wir, nachdem wir von zuverlässiger Seite informiert worden sind, berichten. Da man speziell hier bei dem Verein so viel von der Gemeinnützigkeit und Wohltätigkeit redet, so wollen wir einmal diese schönen Eigenschaften überprüfen. Wenn man wirklich die Absicht gehabt hätte, die Erwerbslosen mit diesen Sachen zu bedenken, so hätte man sich an die Gemeinde wenden können. Da dieses aber nicht getan wurde, so wurden die Sachen natürlich nicht an die wirklich bedürftigen Personen, sondern an die Angehörigen dieser reaktionären Organisation, wie Luisenbund, Kriegerverein usw. verteilt.

Wir prangern dieses in der Oeffentlichkeit an, damit die Proleten erkennen, mit welchen Methoden in diesen christlich reaktionären Vereinen gearbeitet wird. Wir wollen keine derartige Wohlfahrtspflege, nein besser gesagt Günstlingswirtschaft. Wir fordern ausreichenden Lohn und Arbeit und keine Bettelei.

Dr. Bohn als Rentenquetscher

Bad Salzbrunn. An der Spitze der Rentenquetscher des Kreises Waldenburg marschiert unzweifelhaft Dr. Bohn, Bad Salzbrunn. Als Frauenarzt begutachtet er nebenbei noch die Unfallverletzten. Schon die Untersuchung ist ein Skandal. Auf die vorgebrachten Leiden und Beschwerden der Patienten nimmt er nicht im mindesten Rücksicht. Mit schleimiger Höflichkeit (er bietet sogar den Patienten Zigaretten an) versucht er das Vertrauen der Patienten zu erreichen. Doch seine Begutachtung entbehrt jeder Objektivität. 99 Prozent all derer, die von ihm begutachtet werden, können schon vorher bestimmt damit rechnen, daß ihre berechtigten Forderungen abgelehnt werden. Beim Studium seiner von ihm ausgeführten Gutachten kommt man zu der festen Ueberzeugung, Dr. Bohn ist nicht mehr ganz normal. Es wäre wirklich notwendig, ihn auf seinen geistigen Zustand zu untersuchen, denn daß etwas nicht in Ordnung ist bei ihm, das steht fest, und das werden wir im späteren noch zu beweisen versuchen. In seiner Naivität wendet er sich noch dagegen, wenn er angezweifelt wird und sein Ausschluß aus dem Verfahren beantragt wird. Was ein Brief an unseren Vertreter beweist. Die Antwort, Herr Bohn, die Sie erhalten haben, stecken Sie sich bestimmt nicht hinter den Spiegel. Im Interesse aller Kriegs- und Arbeitsopfer werden wir den Kampf gegen Dr. Bohn führen, und wenn es sein muß, mit den schärfsten Waffen. Im Interesse aller Werktätigen sowie Kriegs- und Arbeitsopfer liegt es, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Bolkenhain

Abbau der Demokratie in der Gemeinde

Verschärfung der Geschäftsordnung

In der letzten Stadtverordnetensitzung lagen 9 Punkte zur Behandlung vor, von diesen löste vor allem die beantragte Aenderung der Geschäftsordnung, d. h. der Abbau der sogenannten „demokratischen" Kommunalverwaltung und die Anstellung eines dritten Polizeibeamten auch bei den Zuhörern große Empörung aus.

Eine Kommission von drei Stadtverordneten unter Führung von Dr. Wünsche hatte schon seit Wochen an den einzelnen Paragraphen der Geschäftsordnung herumgedoktert, um sie der heutigen faschistischen Herrschaftsmethode anzupassen. Aber erst in dieser Sitzung wurde die Aenderung endgültig zurechtgestutzt. Ein Paragraph dieser neuen Geschäfts„ordnung" verbietet für die Zukunft auch **das Tragen politischer Abzeichen während der Sitzung.** Dieser faschistische Anschlag gab dem Genossen Hiller Veranlassung, ganz energisch dagegen zu protestieren. Er betonte, **daß er sich nicht verbieten lassen wird, sein Parteiabzeichen zu tragen. Die Wähler haben ihn als Kommunisten ins Parlament geschickt und nicht als Mitglied irgendeines Kegelklubs oder Gesangvereins.** Mit den Stimmen der SPD. und Nazis wurde dieser Paragraph abgelehnt. Nur der SPD.-Mann Scheffler brachte es fertig, sich bei dieser Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Bei der Anstellung eines dritten Polizeibeamten versuchte der Bürgermeister „nachzuweisen", daß diese Verstärkung der Gummiknüppelträger unbedingt notwendig sei. Da dieser „Nachweis" nicht ganz leicht war, versuchte er ihn den Stadtverordneten dadurch schmackhaft zu machen, daß der Staat sich bereit erklärt habe, auch für diesen neuen Beamten den Zuschuß von 2000 Mark zu übernehmen. Unser Genosse Hiller unterzog die „Begründung" dieser Erweiterung der Polizei einer scharfen Kritik und zeigte, daß diese Vermehrung der Polizei nicht zur Aufrechterhaltung irgendeiner gefährdeten Ordnung notwendig sei, **sondern daß er dazu beitragen soll, die kapitalistische Unordnung in Bolkenhain, die sich in der großen Anzahl der Erwerbslosen sehr eindeutig manifestiert, weiter aufrecht zu erhalten.** Auch der Sozialdemokrat Schwechla mußte unserem Genossen Hiller recht geben, **aber trotzdem hielt er es für angebracht, den Antrag des Magistrats zu unterstützen.**

Unter Punkt „Verschiedenes" wurde über den schon seit Jahren beschlossenen Bau eines Sportplatzes beraten. Obwohl schon eine Unmenge Geld allein bei den Vermessungsarbeiten ausgegeben worden ist, ist es bisher noch nicht möglich gewesen, den Sportplatz herzurichten, weil angeblich das Geld hierfür noch nicht langt. Der Bürgermeister versprach sich Mühe zu geben, das fehlende Geld zu beschaffen, damit mit der Arbeit begonnen werden kann. Dann nahm noch einmal Genosse Hiller das Wort, um die Not der Wohlfahrtsempfänger und die von ihnen eingereichten Anträge auf Beschaffung von Kleidung und Schuhwerk zu besprechen, weil diese zum größten Teil vom Wohlfahrtsamt abgelehnt worden seien. Der Wohlfahrtsdezernent **Seidel von der SPD.** brachte es fertig, zum Ausdruck zu bringen, daß nicht jedes „Gequäler" bewilligt werden könne, worauf ihm der Genosse Hiller erwiderte, daß er in der nächsten Sitzung Gelegenheit nehmen werde, durch die Unterlagen zu beweisen, daß es eine Ungeheuerlichkeit sei, diese Notanträge als „Gequäler" zu bezeichnen.

Freiburg — **Freie Turn- und Sportvereinigung**

Die für Sonnabend, den 25. April angesetzte Versammlung fällt aus und findet am Sonnabend, dem 2. Mai, statt.

Antreten zum General-Appell

des Kampfbundes, Bezirk Waldenburg, am Sonntag, dem 26. April. Antreten 13.30 Uhr am Eisenbahnviadukt Dittersbach. 13.30 bis 14 Uhr Platzkonzert. Ansprache des Genossen Richard Schulz an die Kampfbundgenossen. Abmarsch 15 Uhr. Der Zug geht durch Dittersbach, Waldenburg, Waldenburg-Neustadt, Altwasser. Auflösung in Ober-Altwasser. Die Jugend tritt mit an! Kein Kampfbund-Genosse darf fehlen!

Kampfbund gegen den Faschismus. Bez.-Ltg. Waldenburg.

Niederschlesien

Ein christlicher Denunziant und Sittlichkeitsverbrecher

Ein korrigiertes Schandurteil

Langenöls. Wir haben seinerzeit über einen aufsehenerregenden Sittlichkeitsskandal von hier berichtet. Der Tischler Petermann von hier, ein sehr frommer Mann, hochangesehen bei allen christlichen staatserhaltenden Parteien, nicht nur wegen seiner „berühmten Frömmigkeit", sondern auch als Denunziant seiner Kollegen, die ihm ein Dorn im Auge waren, weil sie nicht in die Kirche gingen, oder gar revolutionär eingestellt waren, wurde eines Tages als gemeiner Verbrecher entlarvt. Dieser Halunke hatte sich trotz seiner Frömmigkeit nicht gescheut, seine noch nicht sechzehn Jahre alte Tochter seinen perversen Gelüsten dienstbar zu machen. Er hat also nach den Gesetzen der christlichen Kirche und ihrer Moral, für die Petermann ebenfalls wacker gestritten hatte, eines der schlimmsten Verbrechen begangen, das es gibt, nämlich Blutschande. Diese Entdeckung wirkte wie eine Bombe in ganz Langenöls. Seine frommen Gönner und Freunde waren erschüttert. Der Mann, der immer so eine Art Heiligengesicht zur Schau trug, der sich so „ehrlich entrüsten" konnte über Kommunisten, ist ein ganz gemeiner blutschänderischer Geselle. **Das war bitter für die Korona aller Sittlichkeitsapostel und staatserhaltenden Parteien. Aber es half nichts. Die Entrüstung schaffte die Tatsachen nicht aus der Welt, und wohl oder übel mußte sogar die Staatsanwaltschaft eingreifen, obwohl es den schwarzen Talarträgern sehr unangenehm war.** Petermann war doch auch eine so wackere Stütze der Justiz. Wie unangenehm es gerade diesen Herrschaften war, zeigte das Urteil, welches über diesen frommen Lumpen von derselben Justiz verhängt wurde, die alle Tage Proleten mit schwersten Strafen belegt, die nicht das geringste verbrochen haben. Der Blutschande treibende Herr Petermann erhielt **nur 6 Monate Gefängnis, und nach einigen Wochen war er sogar wieder auf freiem Fuß.** Seine frommen Gönner hatten es fertig gebracht, seine Freilassung auf Bewährungsfrist durchzusetzen.

Diese Entlassung rief aber eine solche Empörung in der Bevölkerung hervor, daß es sogar zu einer neuen Verhandlung kommen mußte. Diese fand nun am Freitag statt, und Petermann, der fromme Sittlichkeitsverbrecher und Denunziant, erhielt **jetzt 13 Monate Gefängnis.** Zwar noch immer reichlich wenig im Vergleich zu den ungeheuerlichen Urteilen, die gerade die schlesische Justiz schon über revolutionäre Arbeiter verhängt, aber immerhin hat diese Korrektur des ersten Urteils doch zum mindesten etwas eindeutiger gezeigt, was für ein Subjekt von den christlichen Moralpredigern und sonstigen staatserhaltenden Parteien gehätschelt worden war. Brachte diese Gesellschaft es doch fertig, diesen Lumpen nach der ersten Verurteilung und der darauf erfolgten Entlassung, sofort wieder bei der RAG. einzustellen, während andere Arbeiter aufs Pflaster flogen. **Sie sind eben beide einander wert, der Denunziant und Sittlichkeitsverbrecher und sein Gönner.**

Liegnitz

Große Versammlungen der IAH.

Am Freitag, dem 24. April, 20 Uhr, spricht im „Wintergarten" die Landwirtschaftsrätin Schmidt-Zwickau über das Thema: Aufbau in Rußland.

Sonnabend, den 25. April, Parkstraße, Sitzung des Maikomitees. Es werden alle Mitglieder ersucht, pünktlich um 19 Uhr zu erscheinen.

Am Sonntag, dem 26. April, vormittags 9 Uhr, findet im kleinen Saal des „Wintergartens" die Bezirkskonferenz der Landarbeiter statt.

Verhöhnung der Wohlfahrtsempfänger

Das Wohlfahrtsamt kann anscheinend nicht zählen, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß man 31 Essenmarken an einem Tage ausgibt, wo doch die Reichswehr nur für 20 Familien Essen gibt und es bei 20 Familien so aussieht, daß, wenn es Familien mit fünf Kindern sind, nur die Hälfte etwas essen kann. Die Wohlfahrtsempfänger protestieren gegen diese Verhöhnung.

Volksbegehr-Pleite

Das Eintragungsergebnis beträgt 12 064 Stimmen von 51 466 Wahlberechtigten, also 23 Prozent „Begehrler". Wenn man bedenkt, daß von den Parteien, die hinter dem Volksbegehren stehen, 11 000 Anhänger ferngeblieben sind, ist das zweifellos eine Pleite noch und noch.

Sagan

Oeffentliche Anfrage an den Magistrat Sagan

Wir haben seinerzeit berichtet, daß der Kassierer Stein bei der städtischen Girokasse 6000 Mark unterschlagen hatte, und zwar stellten wir diesen Betrag auf Grund der bürgerlichen Presseberichte fest. Wir selbst haben dann behauptet, daß jene Summe weit höher sei. Obwohl in der Zwischenzeit Monate vergangen sind, ist unsere Behauptung nicht widerlegt worden. Sie muß darum richtig sein. Jetzt zirkulieren sogar die Gerüchte, nach denen die Summe **11 000 Mark betragen soll.** Der Kassierer wurde fristlos entlassen. Es hieß zwar, daß, um ähnlichen Vorgängen vorzubeugen, sich auch der Staatsanwalt der Sache annehmen würde, aber man hat bisher nichts davon gehört, daß es der Staatsanwaltschaft gelungen wäre, Stein zu verhaften. **Er konnte nicht nur anstandslos aus Sagan verschwinden, und zwar mit dem Ziele nach Berlin, sondern er ist auch mehrmals in der Zwischenzeit in Guben gesehen worden.** Trotzdem scheint weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft ihn ausfindig machen zu können. Würde es sich um einen Kommunisten handeln, der zwar nicht 11 000 Mark, **aber 11 Pfennige irgendwo aus Not gestohlen hätte, um sich Brot zu kaufen, dann säße er bestimmt längst im Kasten.** Hier aber hört man weder etwas von einem Haftbefehl noch von einer Strafverfolgung.

Wir verlangen aber, daß die Bevölkerung sofort darüber aufgeklärt wird, wenn nicht der Verdacht entstehen soll, daß gewisse Leute ein Interesse daran haben, durch eine Gerichtsverhandlung den Fall geklärt zu sehen. Das Einspringen des Vaters von Stein bedeutet keineswegs Bürgschaft und außerdem schließt auch die Bürgschaft nicht aus, daß Stein sich strafbar gemacht hat. Und nach der Verfassung sollen bekanntlich alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sein. Wir fordern daher den Magistrat auf, sich zu dem Fall zu äußern, da wir nicht gewillt sind, ihn der Vergessenheit anheim fallen zu lassen.

Trinkt Dresdner

Waldschlösschen-Bier

In Görlitz und Umgebung

Überall erhältlich

Entweder — oder

Wofür demonstrieren die Massen am 1. Mai

In seiner großen Rede auf dem XVI. Parteitag der KPSU. gab Genosse Stalin eine eingehende Analyse der Lage in den kapitalistischen Ländern und in der Sowjetunion. Zwei Wirtschaftssysteme stehen sich in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber: Kapitalismus und Sozialismus. Stalin hielt in seiner Rede die Bilder dieser beiden Wirtschaftssysteme einander gegenüber und kam zu folgendem Resultat:

„Bei ihnen, den Kapitalisten, herrschen Wirtschaftskrise und Niedergang der Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Bei uns, in der Sowjetunion, wirtschaftlicher Aufstieg und Wachstum der Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft.

Bei ihnen, bei den Kapitalisten, Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen, Abbau der Arbeiterlöhne und Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Bei uns, in der Sowjetunion, Hebung der materiellen Lage der Werktätigen, Steigerung der Arbeiterlöhne und Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Bei ihnen, bei den Kapitalisten, Zunahme von Streiks und Demonstrationen, die den Verlust von Millionen Arbeitstagen im Gefolge haben.

Bei uns, in der Sowjetunion, das Fehlen von Streiks und zunehmender Arbeitsaufschwung der Arbeiter und Bauern, der unserem Wirtschaftssystem Millionen zusätzlicher Arbeitstage verschafft.

Bei ihnen, bei den Kapitalisten, Verschärfung der inneren Lage und Anwachsen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Regime.

Bei uns, in der Sowjetunion, Konsolidierung der inneren Lage und Zusammenschluß der Millionenmassen der Arbeiterklasse um die Sowjetmacht.

Bei ihnen, bei den Kapitalisten, Zuspitzung der nationalen Frage und Wachsen der nationalen Befreiungsbewegung in Indien, Indochina, Indonesien, auf den Philippinen usw., die in den nationalen Krieg umschlägt.

Bei uns, in der Sowjetunion, Festigung der Grundlagen der nationalen Brüderlichkeit, gesicherter nationaler Frieden und Zusammenschluß der Millionenmassen der Völkerschaften in der Sowjetunion um die Sowjetmacht.

Bei ihnen, bei den Kapitalisten, Verwirrung und die Perspektive einer weiteren Verschlechterung der Lage.

Bei uns, in der Sowjetunion, Vertrauen auf die eigenen Kräfte und die Perspektive einer weiteren Verbesserung der Lage."

Schanghai im Zeichen des 1. Mai

Die Mauern der Stadt mit kommunistischen Plakaten übersät — Massenverhaftungen, Polizeiüberfälle, Haussuchungen — Tschangkaischeks Furcht vor dem Bolschewismus

Schanghai (Eig. Ber.). In den verschiedenen Stadtteilen Schanghais wurden an den Häuserwänden kommunistische Losungen zum 1. Mai angebracht. Zur selben Zeit wurden auch zahlreiche Aufrufe in derselben Frage verteilt.

In Gutschou wurden 33 Arbeiter unter der Beschuldigung der Vorbereitung von 1.-Mai-Kundgebungen und der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verhaftet.

Die Polizeibehörden der Nankingregierung versuchen durch brutalsten Terror die Vorbereitungen zum 1. Mai zu unterbinden. Sie nahm zahlreiche Ueberfälle sowie Haussuchungen vor und verhaftete zahlreiche Personen unter der Beschuldigung der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

Die bürgerliche Presse behauptet, daß bei diesen Haussuchungen eine große Anzahl Propagandaliteratur sowie eine halbe Million Bücher „kommunistischen Inhalts" gefunden wurden und daß das Hauptvertriebszentrum der kommunistischen Literatur entdeckt worden sei.

Laut denselben Meldungen wurden 22 Kommunisten, darunter drei Frauen, verhaftet. Die Polizei behauptet, daß sich Liu Wei, ein prominenter Führer der chinesischen KP. und Mitglied der Sowjetregierung der Provinz Kiangsi unter den Verhafteten befinde.

Ein glänzendes Beispiel des revolutionären Internationalismus!

Französische Arbeiterdelegation nach Spanien

Zur Unterstützung des spanischen Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisrepublik

Paris, 23. April. Eine vom Genossen Doriot geführte Delegation wird sich auf Beschluß der KP. Frankreichs nach Spanien begeben, um den spanischen Klassengenossen den Ausdruck der Solidarität des französischen Proletariats zu überbringen und sie in ihrem Kampf gegen die bürgerliche Republik tatkräftig zu unterstützen.

Dieser Tage hat, auf Antrag des sozialdemokratischen Finanzministers Indalecio Prieto, die neue spanische Regierung den Beschluß gefaßt, die der gestürzten Regierung Aznar von Morgan angebotene Anleihe in Höhe von 60 Millionen Dollar abzulehnen.

Ueber die Hintergründe dieser Ablehnung schreibt die „Humanité":

„In diesem Beschluß widerspiegeln sich die zwischenimperialistischen Gegensätze. Frankreich — das sich beeilte, die neue Regierung anzuerkennen — bemüht sich nämlich, seinen Ueberfluß an Kapitalien im Auslande anzulegen. Man weiß auch aus den Erklärungen des spanischen Außenministers Lerroux, daß die spanische „Republik" bereit ist, eine franzosenfreundliche Politik zu betreiben.

Wenn jetzt die Republikaner und Sozialdemokraten — und diese letzteren in Uebereinstimmung mit den französischen Sozialdemokraten — die finanziellen Maßnahmen der Primo de Rivera und Berenguer wieder aufgreifen, aber die amerikanische Anleihe zurückweisen, so wollen sie damit nur ihre Bereitschaft unterstreichen, sich mit dem französischen Imperialismus zu verbünden.

Kommunistenverhaftungen in Sevilla

Paris, 22. April. In Sevilla wurden 40 Arbeiter verhaftet, weil sie angeblich an den letzten Unruhen beteiligt waren. In Madrid verhaftete man den Rechtsanwalt Juan de Esquisasala wegen Verteilung von Flugblättern, in denen der Verrat Caballeros' und der anderen Gewerkschaftsführer sowie ihre Rolle als Agenten des Kapitals angeprangert werden.

30 indochinesische Arbeiter und Studenten in Paris verhaftet

Paris, 23. April. Am Schluß einer in Paris abgehaltenen Versammlung wurden 30 indochinesische Arbeiter und Studenten von der Polizei verhaftet. Die französische Regierung will dadurch die von ihr befürchteten Protestaktionen der in Paris lebenden Indochinesen gegen die bald beginnende und mit großem Pomp aufgezogene Kolonialausstellung sowie gegen den Besuch dieser Ausstellung durch Vertreter der verräterischen indochine-

Keine Neuwahlen in Rumänien

Aus Bukarest wird gemeldet. Die Regierung denkt vorläufig nicht daran, Neuwahlen auszuschreiben. Da das Parlament auf Sommerferien ist, steht Jorga auf dem Standpunkt, daß für die Regierung die Notwendigkeit der Einholung eines Vertrauensvotums nicht besteht.

Brüssel, 22. April. Unter dem Druck der Arbeiter beschloß der reformistische Bezirkskongreß der Metallarbeiter der Provinz Brabant, die Gewerkschaftskommission aufzufordern, eine allgemeine Bewegung gegen den Lohnraub und für die 40-Stunden-Woche einzuleiten und sie, wenn nötig, bis zum Generalstreik zu steigern.

Der Druckerstreik in Brüssel unter RGO.-Führung

Kundgebung vor dem „Peuple"

Sprechchor der Streikenden: „Verräter! Verräter!"

Brüssel, 22. April. Der Streik der Brüsseler Maschinensetzer ist seit gestern allgemein. Die Zeitungen, darunter auch das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie, „Peuple", erscheinen nicht.

Gestern demonstrierten die Streikenden mit großer Begeisterung durch die Straßen von Brüssel. Vor dem „Peuple"-Gebäude machten sie Halt und gaben ihrer Entrüstung Ausdruck, indem sie im Chore den Ruf ausstießen: „Verräter! Verräter!" In der Druckerei des „Peuple" arbeitet nunmehr der Vorsitzende der Zentralkomitees der Gewerkschaften für das Buchgewerbe.

In einer Versammlung wählten die Streikenden ein Streikkomitee. Eine Resolution, in der die Sozialdemokratie als Schutzschild des Unternehmertums angeprangert wird, wurde angenommen und der Beschluß gefaßt, diese Resolution an den Mauern der Stadt ankleben zu lassen.

Die RGO., die das Streikkomitee unterstützt, hat einen Aufruf erlassen, der die Arbeiter auffordert, gegenüber den sozialfaschistischen Streikbrechern auf der Hut zu sein, die sich mit der Absicht tragen, den Kampf durch Gewerkschaftsspaltung zu zersplittern. Der Aufruf fordert ebenfalls die anderen Arbeiter des Buchgewerbes auf, sich dem Streik anzuschließen und sich von den verräterischen sozialfaschistischen Führern loszusagen.

Englische Offiziere in Riga

Sie studieren die „russische Frage"

Die Ullsteinpresse bringt die folgende Meldung aus Riga, die keines Kommentars bedarf:

„Seit einigen Tagen halten sich in Riga sechzig junge englische Offiziere auf, welche als Zivilangestellte in rigaischen englischen Firmen und Vertretungen untergebracht sind. Der Zweck dieses auf mehrere Monate berechneten Aufenthaltes ist das praktische Studium der russischen Sprache, wie überhaupt die Bekanntschaft mit osteuropäischen Verhältnissen „für den Fall eines Falles". Sowie der Zustand der Landwege es gestattet, sind auch Ausflüge ins Land hinein und zwar besonders nach Osten bis zur russischen Grenze geplant. Der Verbindungsmann zwischen den sechzig sprachbeflissenen Offizieren und den Regierungsstellen ist der britische Militärattaché Major Stewart-Coz."

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright: Arbeiter-Schutz-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 8

30. Fortsetzung

Armes Gefängnis! Arme Frau Grobkopf! Nun hatte sie tatsächlich einmal lichte Momente gehabt und aus sich heraus das einzig Richtige getan: die Gesellschaft davor geschützt, mit weiteren unbrauchbaren Grobkopfsprößlingen beschenkt zu werden, und dafür wurde sie nun so exemplarisch bestraft. Für die unglücklichen Beamten, die sie zu betreuen hatten, wurde sie ein wahre Geißel. Manchmal gebärdete sie sich wie ein wildes Tier, dann wieder verübte sie allerhand Boshaftigkeiten und Schmutzereien, wie sie selbst im Gefängnis möglich sind für jemand, der allen Strafen auf Grund primitivster Einstellung und gänzlichen Phlegmas trotzen kann.

Als Frau Grobkopf aber nach einem Jahr entlassen wurde, waren sämtliche Kinder in alle Winde zerstreut. Der fromme Gönner hatte sie in wirklich guter Fürsorge an allen möglichen Stellen, den größten Teil auf dem Lande, untergebracht. Das war noch das Beste von allem. Ihre ihr gesetzlich zustehende Stelle als Ehefrau fand Frau Grobkopf aber besetzt vor. Ein rothaariges, knochiges, robustes Frauenzimmer hatte sich zunächst als Haushälterin, — dann als Geliebte — des Herrn Grobkopf eingenistet. Es kam zu einer fürchterlichen Prügelei. Frau Grobkopf, durch die Gefängnishaft geschwächt, zog die kürzere, obwohl sie wie eine Pantherkatze ihre Nebenbuhlerin ansprang und ihr höllisch das Gesicht zerkratzte. Diese gab ihr einen derben Stoß, die arme kleine Frau schlug rücklings die Haustreppe hinunter und blieb mit einem Schädelbruch bewußtlos vor dem Haus liegen. Mitleidige schafften sie in ein Krankenhaus, wo sie nach wenigen Tagen starb.

Trotz der überzeugenden Worte des Herrn Staatsanwalt ist man doch versucht, die Frage aufzuwerfen, ob man derartigen Frauen, die schon soviel für das „Vaterland" getan haben und neun Halbidioten in die Welt setzten, nicht das Recht geben sollte, gelegentlich auch einmal eine Schwangerschaft unterbrochen zu lassen, die nicht Segen, sondern Unheil stiftet.

Ich für meinen Teil bin jedenfalls der Ansicht, daß der § 218 beseitigt werden muß.

FRAU REDAKTEUR WEISE

Ich kann doch das Kind dieses verkommenen Menschen nicht großziehen!

Frau Redakteur Weise hat es nicht leicht gehabt in ihrem Leben. Sie stammte aus guter Familie. Ihr Vater war Zeitungsverleger. Doch wie es so im Leben geht — ein junger flotter Redakteur tat es Gretchen an. Der Bengel taugte aber nicht viel. Er konnte wohl arbeiten, wenn er wollte, er wollte aber nun mal nicht immer. Weit öfter hatte er Lust zum trinken und poussieren.

Gretchen war allerdings ein selten hübsches Mädchen, mit ihren langen Zöpfen, den blauen Augen und zartem Teint, so ein richtiger Gretchentyp. Man konnte deshalb wohl hoffen, daß es ihr gelingen würde den ungestümen jungen Mann zu fesseln und zu einem vernünftigen Familienvater zu erziehen. Der alte Vater aber war und blieb mißtrauisch, und als Gretchen nichts einsehen wollte, wurde sie erst mal auf ein Jahr weggeschickt zu fremden Leuten, um dort zu vergessen.

Es nutzte nichts. Der Vater starb, und Gretchen ließ sich von ihrem Redakteur zum Altar führen. In rascher Folge bekam sie Zwillinge und dann noch ein Kind. Alles hübsche und nette Kinder, wenigstens äußerlich, bloß der Vater war nicht nett, wenn er auch noch recht gut aussah. Er war womöglich noch unsteter bei der Arbeit geworden, desto stetiger beim Trinken, und wenn er betrunken war, dann gab er sich auch noch mit anderen Frauen ab. Im vierten Jahr der Ehe ging er auf und davon.

Ein Jahr lang war er verschollen. Frau Grete war aber ein tüchtiger Kerl. Zunächst versuchte sie einen Laden aufzumachen, der dann leider in der Inflationszeit rasch zusammenbrach. Dann schrieb sie tüchtig Schreibmaschine und Stenographie und machte Heimarbeit. Etwas half auch die Familie nach, und so fristete sie sich und ihren drei Kindern unter aufopfernder, verzehrender Arbeit das Dasein. Sie blieb noch ansehnlich, verblühte aber etwas, so daß jeder, der sie vorher gekannt hatte, erschrak, wenn er sie wiedersah.

Endlich schien ihr das Glück wieder zu lächeln. Ein sehr qualitätvoller Mann interessierte sich für die verlassene Frau. Er brachte sie im Hause seiner Schwester unter, und dort fand sich auch lohnende Arbeit für sie. Es war eine Druckerei. Ein Kind behielt sie bei sich, die Zwillinge kamen zur Großmutter.

So schien es fast, als würde das Leben Grete Weises doch noch in ruhige und zufriedene Bahnen gelenkt. Da trat plötzlich der davongelaufene Gatte wieder in Erscheinung. Reumütig, fußfällig bittend, an die alte heiße Liebe mahnend, noch immer stattlich und interessant anzusehen, flehte er um Verzeihung, und aus jenem so tief in der Frau liegenden Gütegefühl, aus gesunder Mütterlichkeit heraus, auch dem Manne gegenüber, bot sie dem flehenden Manne Asyl und nahm ihn wieder bei sich auf. Sie liebte diesen Menschen immer noch, trotz seiner Charakterlosigkeit, ja Schlechtigkeit. Nun begann abermals der Aufbau. Der Redakteur fand eine Stelle in der Druckerei bei guter Bezahlung. Jener ernste Mann, der um Gretchens Liebe geworben hatte, zog sich zurück, ohne deshalb Feind zu werden. Ja, er freute sich in dem Gedanken, daß die von ihm so hochgeschätzte Grete nun doch noch glücklich werden sollte. So ging es aber nur einige wenige Wochen.

Schon nach der ersten Gehaltszahlung gab es schwarze Stunden. Der Teufel der Trunksucht ergriff wieder Besitz von seinem Opfer, und wenn dieser Mann betrunken war, dann kannte er keine Hemmungen. Im eigenen Hause betrog er die arme Grete. Nicht einmal, sondern dauernd. Es kam ein Ende mit Schrecken! Mit gewaltigem Krach flog er hinaus, und nun war endlich Grete so weit, daß sie sich selber für reif zur Scheidung hielt. Dies wurde eingeleitet.

Der gute Freund bekundete deutlich, daß er immer noch bereit sei, Grete zu seiner Frau zu machen. Da plötzlich machte Grete die grauenvolle Entdeckung, daß sie wieder schwanger war. Schwanger von dem verächtlichen Wüstling, der ihr Leben bisher so verhängnisvoll beeinflußt hatte. Sie mußte befürchten, daß gerade dieses Kind, unter dem Druck des Alkohols erzeugt, die schlechten Eigenschaften des Vaters in höchster Potenz aufweisen würde.

Ein ruhiges, stilles Glück, an der Seite eines geachteten und sympathischen Mannes, jenes guten Freundes, schien in unerreichbare Ferne zu entschwinden. Sie hatte aus seinen Andeutungen wohl erfahren, daß eine gewisse natürliche Eifersucht, ein gewisser Mannesstolz es ihm verbieten würden, sie zu seiner Frau zu machen, wenn die Spur des ersten Mannes abermals ihren Lebensweg kreuzen würde. Sie konnte es diesem feinen und stillen Manne auch nicht zumuten, noch einen neuen Sproß des Bösewichts in seinem Hause gebären zu sehen und aufzuziehen.

(Fortsetzung folgt)

§ 218 und Sozialdemokratie

Die letzte Hoffnung der Schwarzröcke

Wenn es nach dem Zentrum ginge, gäbe es schon längst eine besondere Notverordnung, die jede Propaganda gegen den Paragraphen 218 mit Zuchthaus bestraft. Schon hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung" den Vorschlag gemacht, die gewaltigen Protestkundgebungen im ganzen Reich gegen den Schandparagraphen ebenfalls auf Grund der Notverordnung zu verbieten. Was noch nicht ist, kann ja noch werden. Wir empfehlen besonders dem Zentrum, zu den Methoden der spanischen Inquisition und der Hexenverbrennung überzugehen, denn sonst dürfte es kaum gelingen, diesen bis weit in die Kreise des Bürgertums hineinreichenden Volkssturm zu ersticken.

In ihrer letzten Sonntagsausgabe mußte die Berliner „Germania" eine ganze Seite aufwenden, um sich mit den Gegnern des Paragraphen 218 auseinanderzusetzen. Mit der ganzen reaktionären Lebensfeindlichkeit, wie sie den Schwarzröcken eigen ist, versucht die „Germania" ihre unhaltbare Position zu verteidigen. Was die tiefste Sorge von Millionen Proletarierfrauen ist, wird von der „Germania" als „Tendenzmache einer gewissen Asphaltpresse" im Stile eines Goebbels herabgewürdigt. Frau Dr. Kienle wird als „Bankiersgattin" denunziert (bei wem?) und als „sensationsbegabte Weggenossin" unseres Genossen Wolf betitelt. Ihr Hungerstreik war nach der „Germania" nur eine „Mache". Die Namen Kienle und Wolf werden als „große Mode" verächtlich gemacht.

Besonders angetan hat es der „Germania" die Tatsache, daß sich ein Komitee zur Selbstbezichtigung gegen den § 218 gebildet hat, dem Lion Feuchtwanger, Lina Goldschmidt, Stefan Großmann, Thea von Harbou, Margarete Kaiser, Karin Michaelis, Ernst Toller, Frau Rechtsanwalt Alsberg, Albert Einstein und Else-Lasker-Schüler angehören. Damit wird für die „Germania" der berechtigte Feind aller Feinde des § 218 zu einer „Verlängerung des Theaters in das öffentliche Leben hinaus". Mit „geistiger Auseinandersetzung" hat das nichts mehr zu tun(?), schreibt die „Germania", womit sie anscheinend sich selbst meint, da sie schamlos genug ist, die niederträchtigen Angriffe des Massenmörders Kürten auf Genossen Wolf und Frau Kienle ohne gleichzeitigen Protest abzudrucken.

Dafür werden wir von der „Germania" mit den geistlichen Argumenten des Herrn Pius in Rom heimgesucht. Man muß hier endlich einmal sagen, daß proletarische Mütter es sich ein für allemal verbitten, von den Schwarzröcken männlichen und weiblichen Geschlechtes, die sich durch die naturwidrige Ehelosigkeit von allen Familiensorgen freimachen, „ethische" Ratschläge erteilen zu lassen, zumal in dieser „göttlichen Weltordnung" schon für die Erwachsenen, noch viel weniger für deren Kinder Arbeit und Brot vorhanden ist.

Die letzte Hoffnung der Dunkelmänner in ihrem aussichtslosen Kampf ist die Sozialdemokratie, die bekanntlich bei der Beratung des kommunistischen Antrags auf Aufhebung des § 218 im Reichstag auf der Seite des Zentrums stand und trotz sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit die Abstimmung verhinderte. Die „Germania" schreibt in ihrem Artikel, daß man „selbst in sozialdemokratischen Kreisen allmählich die Gefährlichkeit dieser ganzen Geistesrichtung einzusehen beginne". Sie zitiert dann den Sozialdemokratischen Pressedienst, der sich gegen den Kampfausschuß gegen den § 218 wandte und schreibt dazu:

„Spürt man also doch allmählich, mit welchen Mächten man geistig tief innerlich verbunden ist? Man sollte in diesen Kreisen über diese Zusammenhänge und ihre Auswirkung sehr ernstlich nachdenken."

Das Zentrum hat alle Ursache, auf die „staatspolitische Einsicht" der sozialdemokratischen Führer zu rechnen, schrieb doch der berüchtigte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Heilmann in der Zeitschrift „Das freie Wort" folgendes:

Wir sind Gegner des § 218 in seiner jetzigen starren (!) Form, die allerdings nicht so starr ist, wie man im Lande vielfach annimmt, sondern verständigen und gewissenhaften Aerzten einigermaßen Spielraum läßt. Aber trotz unserer Gegnerschaft gegen irgendeine Gesetzesbestimmung müssen wir daran festhalten, daß die Gesetze, die bestehen, durchgeführt werden (daß also weiterhin tausende Frauen geopfert werden. Die Redaktion.).

Niemand ist in der Lage zu unterscheiden, ob diese Stuttgarter Aerzte unschuldige Opfer eines übereifrigen (!) Staatsanwalts sind oder ob sie, was auch denkbar wäre, (!) aus Gewinnsucht Notabtreibungen vorgenommen und dabei Patienten in ihrer Gesundheit schwer geschädigt haben".

So sieht der „Kampf" der SPD. gegen den § 218 aus. Um aber den reaktionären Geist zu kennzeichnen, von dem die SPD.-Führer vollkommen beherrscht sind, wollen wir Barmat-Heilmann nochmals das Wort geben, der sich in der Fortsetzung dieses Artikels folgende Gemeinheit gegen Frau Kienle leistet:

„Aber grundsätzlich muß auch hier bemerkt werden, daß allgemein weder Hungerstreik noch Selbstmordversuche die Freilassung erzwingen können, weil das ja letzten Endes auf völlige Lahmlegung jeder Strafjustiz hinausginge. Wir haben bei Fememördern und Bombenlegern ähnliche Manöver zur Sabotierung der Strafjustiz bereits erlebt...

Wir machen uns jede Politik unmöglich, wenn wir uns selbst die Kraft nehmen, demagogischen Mätzchen engegenzutreten.

So wagt ein Polizeisozialist eine tapfere Frau, die mit dem Proletariat um eine Menschheitsidee kämpft, mit Fememördern und Bombenlegern auf eine Stufe zu stellen. Warum nicht auch mit Kürten, Herr Heilmann, wenn Sie schon gerade dabei sind, alles was dem Proletariat in seinem Kampf heilig ist, in den Schmutz ihrer eigenen niedrigen Gesinnung zu ziehen.

Nach alledem kann das Zentrum sich beruhigen. Wie die Sozialdemokratie in den letzten Wochen alle Interessen des werktätigen Volkes geopfert hat, um koalitionsfähig zu bleiben, um ihre Ministerposten in Preußen zu behalten, so wird sie auch dem werktätigen Volk in seinem Kampf gegen den mittelalterlichen Schand- und Schmachparagraphen in den Rücken fallen.

Und ihr, werktätige Frauen in der SPD.? Was sagt ihr zu diesem Beitrag eures Genossen Heilmann zu eurer Internationalen Frauenwoche? Wo steht ihr? Bei Heilmann und den Schwarzröcken oder bei Kienle-Wolf und euren Klassengenossen? Entscheidet euch, denn wir sind mitten im Kampf!

Brüssel, 23. April. Angesichts des Defizits im „Krisenfonds" (Reichsunterstützungskasse für die Erwerbslosen) wird die Regierung vom Parlament zusätzliche Kredite in Höhe von 300 Millionen Franken fordern. Diese Maßnahme bedeutet ein Manöver der Regierung, um die vom Proletariat geforderte Verbesserung der Sozialversicherungsgesetze zu umgehen.

Abg. Maddalena zu zwei Jahren Festung verurteilt

Die SPD. hat ihn dem Reichsgericht ausgeliefert — Wegen Werbeartikel für die KPD. verurteilt

Leipzig, 23. April. (Eig. Drahtb.) **Zum erstenmal nach Aufhebung der Immunität stand ein kommunistischer Abgeordneter heute vor den Schranken des Reichsgerichts. Es ist der Abgeordnete Genosse Max Maddalena. Die SPD.-Fraktion des Reichstags hat bei der Abstimmung den Ausschlag für die Auslieferung unseres Abgeordneten wegen literarischen Hochverrats gegeben, was dieselben SPD.-Abgeordneten nicht hindert, gegen die politische Reichsgerichtspraxis zu polemisieren.**

Genosse Maddalena wurde zu zwei Jahren Festung verurteilt. In der Begründung erklärte der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Baumgarten, daß die in der „Hamburger Volkszeitung" und „Norddeutschen Zeitung" erschienenen Artikel strafbare Werbeartikel für die KPD. seien und dazu dienen sollten, die Massen ideologisch in umstürzlerischem Sinne zu beeinflussen.

Genosse Maddalena hielt eine mutige bolschewistische Rede und betonte, daß er als KPD.-Abgeordneter nicht anders behandelt werden wolle als jeder beliebige andere Parteigenosse.

Literarischer Hochverrat! Erinnert die SPD.-Arbeiter, welch hohe Bogen der „Vorwärts" früher gegen Verurteilungen wegen dieses „Deliktes" gespuckt hat. Jetzt haben die 153 SPD.-Abgeordneten, die mit den Kommunisten über die Mehrheit im Reichstag (nach dem Auszug der Rechten) verfügen, zahlreiche kommunistische Abgeordnete — Genosse Maddalena ist ja nur einer unter ihnen — wegen literarischen Hochverrats der Justiz ans Messer geliefert. Werbeartikel für die KPD. sind strafbar! Danach steht

jede Zeile der kommunistischen Presse unter Anklage,

denn was tun wir anderes, als unaufhörlich für die Kommunistische Partei zu trommeln?! Damit nimmt aber auch der IV. Strafsenat des Reichsgerichts das von den Faschisten geforderte Verbot der Kommunistischen Partei und ihrer Presse vorweg. Und wer gibt die Handhabe dafür? Die SPD!

Das ist auch ein Beitrag zur Handlangerolle, die die Sozialdemokratie bei der Verwirklichung der faschistischen Diktaturpläne und zur Unterdrückung der KPD. spielt.

Je mehr aber die SPD. und die Bourgeoisie unsere gedruckte Propaganda hemmen, verbieten und bestrafen, um so größer muß das Heer derjenigen werden, die in mündlicher Agitation im Betrieb, auf der Straße und Stempelstelle, in allen proletarischen Häuserblocks für den Kommunismus werben. Die Herrschaften, die aus Deutschland ein großes Zuchthaus machen, sollen sich wundern: **Für jeden verurteilten Genossen wollen und werden wir 100 neue werben! Bis der Tag kommt, an dem die Richter und Herren von heute die Angeklagten sein werden . . .**

Münchener SPD.-Konferenz gesprengt

Schärfste Opposition gegen die Panzerkreuzerführung — Parteileitung mobilisiert Schufo gegen die eigenen Funktionäre

München, 23. April (Eig. Drahtber.). Die Stimmkreiskonferenz der Münchener SPD., die zum bevorstehenden Leipziger sozialdemokratischen Parteitag Stellung nahm, stand im Zeichen ungeheurer Gärung. Von den rund 300 Delegierten waren nur 70 erschienen, die übrigen waren aus Verärgerung über den Panzerkreuzerkurs der Partei weggeblieben. Die weitgehenden Sicherungen der Bonzen gegen die Opposition, Mobilisierung der Reichsbannerschutzformation und Verleihung des Stimmrechts an solche Elemente, die gar keinen Anspruch darauf hatten, konnten den Sturm nicht bändigen.

Der berüchtigte Reichstagsabgeordnete Unterleitner vom rechten Flügel der Partei, war nicht in der Lage, sein Referat zu halten, sondern mußte dem Druck der Delegierten nachgeben und die Anträge der Opposition zuerst behandeln. Die Sektion Borstel beantragte, den 8 Abgeordneten, die gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, das Vertrauen auszusprechen, während die Sektion Neuhausen die Stellungnahme zu dem Antrag auf Diätenabgabe wünschte. Mit einer Mehrheit von ganz wenigen Stimmen wurden die Anträge abgelehnt, die angenommen worden wären, wenn nur die Delegierten Stimmrecht gehabt hätten.

Die Diskussion verlief in beispiellos erregten Formen. Ein Diskussionsredner sagte, daß sehr viele **SPD.-Abgeordnete und SPD.-Führer Nutznießer von gelben Gewerkschaftsorganisationen seien.** Großer Tumult. Die Versammlungsleitung will die Reden gegen die offizielle Parteipolitik abwürgen. Es gibt Lärm und der Versuch mißglückt.

Bei den Vorschlägen für die Parteidelegierten stellte sich heraus, daß die Bürokratie keine gewöhnlichen Mitglieder oder Arbeiter, sondern nur Auertreue Bonzen aufgestellt hatte. Das gab neuen Sturm.

Schließlich wurde die Obstruktion der Opposition so stark, daß die Abstimmung nicht vorgenommen werden konnte, und die Versammlung geschlossen werden mußte.

Drei Monate Gefängnis für „unerlaubtes" Demonstrieren

Die Guillotine der Schnelljustiz

Berlin, 23. April (Eig. Bericht).

Die Schnelljustiz fällte auf Grund der faschistischen Diktaturverordnung erneut gegen zwei Berliner Arbeiter empörende Urteile wegen „nicht erlaubter" Handlungen.

Wegen Teilnahme an einer „nicht genehmigten" Demonstration am Freitag voriger Woche wurde der Techniker Hans **Strübing** vom Schnellrichter zu **drei Monaten Gefängnis** verurteilt. Der Arbeiter Paul **Koch** erhielt **einen Monat Gefängnis**, weil er anläßlich einer Demonstration „unerlaubterweise" **Flugblätter verteilt** und bei seiner Festnahme „Widerstand" geleistet haben soll.

Doch noch Preußenwahlen im Herbst?

Berlin, 23. April (Eig. Bericht)

Das dem Arbeitsminister Stegerwald vom Zentrum nahestehende Blatt der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" schreibt zu den nicht verstummenden Gerüchten über die geplanten Preußenwahlen schon im Herbst folgendes:

„In den Parteien, die es angeht, hat man sich aber jedenfalls die Sache überlegt. Es gibt **einige gute Gründe**, die man für eine vorzeitige Auflösung anführt. Im Frühjahr nächsten Jahres, wenn die Neuwahl sowieso fällig ist, ist auch die Reichspräsidentenwahl fällig. Eine Verquickung der beiden Wahlkämpfe wäre kaum nützlich. Auch mancherlei außenpolitische Gründe ließen es ratsam erscheinen, die Preußenfrage vor dem Frühjahr zu klären. Wie gesagt, Argumente, die einiges Gewicht haben."

Diese Stimme ist umso bemerkenswerter, als sie aus der Brüningpartei kommt. Die Arbeiterschaft muß sich auf die Möglichkeit der Preußenwahl im Herbst einstellen.

Der Kampf der Bauarbeiter

Leipziger Bauarbeiter beschließen Fortsetzung des Streiks

Die Bürokratie des Baugewerksbundes hatte am 21. April in Leipzig eine Bauarbeiterversammlung einberufen, in der sie den schändlichen Lohnraubschiedsspruch zur Annahme bringen wollte. Aber die Bauarbeiter beschlossen in dieser Versammlung mit 1269 gegen 183 Stimmen die Fortführung des Streiks. Trotz dieser Entscheidung machte die sozialfaschistische Bürokratie alle Anstrengungen, um den Streikbruch zu organisieren, bis jetzt ohne Erfolg.

In Halle a. S. hat die Bürokratie den Streikbruch organisiert. Die Streikenden mußten infolgedessen den Streik abbrechen.

Internationale Kinderwoche

vom 1. bis 14. Mai

Das Internationale Kinderbüro bei der Exekutive der Jugendinternationale und der Kommunistische Jugendverband Deutschlands veranstalten vom 1. bis 14. Mai eine Internationale Kinderwoche.

Der Niedergang des kapitalistischen Systems trifft mit besonderer Härte die proletarische Jugend, das proletarische Kind. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Hungerlöhne, Wohnungselend haben verheerende Folgen für die proletarischen Kinder. Dringender denn je ist es notwendig, daß das Proletariat im Interesse seiner eigenen Klasse sich schützend vor seine Kinder stellt.

Schon heute fordern wir alle Organisationen auf, Vorbereitungen zu treffen, um nach dem Weltkampftag des Proletariats in ganz Deutschland die werktätige Bevölkerung zum Kampf gegen die Massenverelendung und für die Rettung des Proletarierkindes zu mobilisieren.

Glosse vom Tage

Wenn Kürten ...

Nehmen wir einmal an, Kürten hätte in seinem Schlußwort folgendes gesagt:

„Ich bekenne mich der furchtbaren Verbrechen schuldig, deren ich angeklagt bin. Zu meiner Entschuldigung kann ich neben meinem außergewöhnlichen krankhaften Triebleben nur die Zustände verantwortlich machen, unter denen ich aufgewachsen bin. Das kapitalistische System mit seiner Arbeitsfron und der Zerstörung der Familie hat mich auf den Weg des Verbrechens gebracht.

Mein Vater war ein Säufer. Es wäre besser gewesen, meine Mutter hätte mich nie geboren. Aber die Abtreibung verbietet der Paragraph 218. Gerade mein Fall sollte Veranlassung sein, diesen Paragraphen zu beseitigen. Meine Opfer würden heute noch leben, wenn ich nie gelebt hätte.

Ich glaube, daß alle diese Verbrechen erst nach dem Sturz des kapitalistischen Systems durch die sozialistische Gesellschaftsordnung getilgt werden können."

Welch ein Geschrei hätte sich in der bürgerlichen Presse erhoben. Der Massenmörder als Kulturbolschewist! Die Folgen der von den Kommunisten gepredigten Sittenverwilderung! —

Und doch wären solche Ausführungen wahrhaftiger gewesen, wie die von dem Massenmörder nachgelernten heuchlerischen Phrasen, mit denen er den reaktionären Zeitläuften Rechnung trug, in der Hoffnung, sich vom Schaffot wegzureden.

Den Dunkelmännern dürfte es dabei nicht wohl zumute sein. Wir verhehlen nicht unsere aufrichtige Freude über diesen Bärendienst, den der größte Verbrecher unserer Zeit der Reaktion in ihrem „Geiste" erwiesen hat.

Wohl bekomm's!

Oberreichsanwalt verbietet Karl Liebknecht

Unerhörte Staatsaktion gegen IAH.-Broschüre und ihren Herausgeber

Eine im Verlag der Internationalen Arbeiterhilfe erschienene Broschüre „Von Liebknecht zu Hitler oder zum Kommunismus", die nach einer Rede des Genossen Willi Münzenberg geschrieben war, wurde vor einigen Tagen beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde gegen den Herausgeber Erich Lange, Sekretär der IAH. Berlin-Brandenburg, auf Antrag des Oberreichsanwalts ein Verfahren wegen „Vorbereitung der gewaltsamen Aenderung der Reichsverfassung" eingeleitet.

Geradezu toll ist die Begründung für diese Staatsaktion. Da wird zum Beispiel ein Satz beanstandet, der die Notwendigkeit betont, **„die Millionen der aktivsten, entschlossenen Jungarbeiter im Alter von 14—21 Jahren in die Reihen der klassenbewußten Kämpfer des Proletariats einzugliedern".** Als hochverräterisch werden auch die Sätze angesehen, die betonen, daß die IAH. eine „auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehende proletarische Hilfsorganisation" ist.

Aber es kommt noch toller. In der Begründung wird als besonders hochverräterisch folgender Satz angekreidet:

„Karl Liebknecht hat Recht, wenn er sagt: Die Jugend ist die reinste Flamme der Revolution."

Dieser herrliche Ausspruch Karl Liebknechts, der seit Jahrzehnten zitiert und veröffentlicht wurde, verfällt heute in der Aera des faschistischen Diktaturgesetzes als „Vorbereitung zum Hochverrat" der Beschlagnahme.

Die Antwort auf diese unerhörte Staatsaktion muß sein:

Nun erst recht hinein in die Jugend Karl Liebknechts, in den KJVD.! Hinein in die Internationale Arbeiterhilfe!

1. Mai und Leuna-Arbeiter

In der Chemischen Industrie besteht eine von der **Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes mit den Unternehmern abgeschlossene** Vereinbarung, nach der nur dann der **1. Mai gefeiert wird, wenn** sich in einer Abstimmung 75 Prozent der Abstimmenden dafür erklären. Bei der diesjährigen Abstimmung stimmten 36 Prozent für Arbeitsniederlegung, 52,6 Prozent dagegen, ungültig waren 11 Prozent aller Stimmen.

Es haben also die Wähler der Roten Einheitsliste für Streik gestimmt, währenddem die **Anhänger der SPD. und der Nazis dagegen stimmten.**

Die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes hat systematisch gegen den Streik Stimmung gemacht, und ein Teil der Arbeiter unterlag dieser Scharfmachermache vor allem deshalb, weil im Leuna-Werk die Fünftagewoche ohne Lohnausgleich durchgeführt wurde und die Leuna-Arbeiter geradezu erbärmliche Löhne haben. Viele [illegible] den Lohnverlust am 1. Mai. So bedauerlich die [illegible] Mehrheit der Belegschaft ist und so klar wir die [illegible] der RGO. im Leuna-Werk sehen, so entschieden [illegible] werden, wenn die SPD.-Blätter es so hinstellen, als hätten die roten Wähler gegen den Streik am 1. Mai gestimmt. Die RGO.-Anhänger werden alles einsetzen, um alle Leuna-Arbeiter vom Einfluß der sozialfaschistischen Scharfmacher und der Nazi-Hetzer loszulösen.

Vor neuem Lohnraub bei den Buchdruckern

Mit den Leistungszulagen wird angefangen

Der vor kurzem auch bei den Buchdruckern vorgenommene Lohnraub genügt den Herren Buchdruckereibesitzern noch nicht. Da ja allgemein unter den Geldsäcken der Kurs auf weit höheren Abbau genommen ist, beeilen sich auch die Prinzipale im Buchdruckgewerbe, im Zuge der Lohnräuber zu bleiben. Da ein offener direkter Lohnabbau noch „strategisch" nicht genügende Aussichten auf Erfolg bietet, sollen die Leistungszulagen dazu dienen, die nächste allgemeine Lohnraubofferisive vorzubereiten. Zu diesem Zwecke werden bereits einige Firmen ins Feld geführt, die den Anfang machen müssen, um gewissermaßen das Feld für Ergaunerung neuen Profits zu sondieren.

Zu diesen Firmen gehört zunächst die Druckerei der „Gerichtszeitung" mit „Versicherung" von Paul Förster, deren Inhaber aber der Lebensmittelgroßhändler M. Thieme von der Krullstraße ist. Daß diese Firma den Anfang machen muß, ist in diesem Falle sehr interessant. Die „Gerichtszeitung" ist eine Zeitung, die ausschließlich in der arbeitenden Bevölkerung wegen der „Versicherung" gehalten wird. Wenn diese Firma jetzt vorgeschickt wird und Erfolg hat, dann könnten sich möglicherweise die Aussichten für den weiteren Raubzug verbessern, denn mit einem gewissen Schein von Recht könnten andere Firmen sagen: wenn schon eine Druckerei, die ein Blatt für die arme Bevölkerung herausgibt, den Lohn abbaut, dann können wir uns das erst recht leisten.

Weiter ist für das Wesen der Lohnräuberei von heute bezeichnend, daß einer Firma, die neben der gutgehenden Druckerei noch einen Lebensmittelgroßhandel betreibt, also auch dort von Arbeitergroschen lebt, die Unverschämtheit angeordnet wird, mit dem Abbau zu beginnen. Diese Tatsachen sind nicht nur für die Buchdrucker von Wichtigkeit, sondern für die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere jene Arbeiter, die die „Gerichtszeitung" mit ihren Hungergroschen unterstützen.

Die obige Firma hatte wohl schon gleich nach dem 6prozentigen Lohnraub die Absicht gehabt, den weiteren Abbau einzuleiten, aber wahrscheinlich wurde dieses von Unternehmerseite nicht für zweckmäßig erachtet. Man schob also den Abbau noch auf vier Wochen hinaus. Vor Ostern ging man nun daran, zuerst in vier Fällen diese Zulage zu kündigen, um acht Tage darauf auch den übrigen Arbeitern diese Kündigung der Leistungszulagen zu überreichen.

Dieser Abbau beträgt bei einzelnen Kollegen, die bis zu 3,30 Mark Leistungszulagen haben, 1 Mark die Woche. Der Gesamtbetrag ist für den Betrieb gewiß nicht von großer Bedeutung, und wenn es wahr ist, daß ein solcher Abzug notwendig wäre, um die Aufrechterhaltung des Betriebes überhaupt sicherzustellen, dann ist dies direkt lächerlich, denn ein Betrieb, der ohne diesen Abzug nicht existieren könnte, würde auch mit diesem Betrage seinen Bankrott nicht aufhalten können. Für die Arbeiter ist die Mark etwas anderes als für den Herrn Thieme.

Aber einstweilen stehen die Raubabsichten für die Firma nicht sehr hoffnungsvoll. Sie hat sich die Sache doch wohl etwas leichter vorgestellt. Die von diesem Abbau bedrohten Arbeiter haben der Firma die Kündigung überreicht, da sie nicht gewillt sind, sich dem Diktat dieses Herrn Lebensmittelgroßhändlers so ohne weiteres zu unterwerfen.

Nazidruckereibesitzer folgt dem Beispiel des Lebensmittelgroßhändlers

Daß es sich hier zweifellos um einen planmäßigen Vorstoß für eine neue Abbauoffensive handelt, geht daraus hervor, daß eine andere Firma, und zwar die Druckerei Brehmer & Minuth, deren Inhaber der Nazimann Steinke ist, ebenfalls einen solchen Vorstoß unternommen hat. Auch dieser Hakenkreuzausbeuter hat die Leistungszulagen gekündigt. Aber da ja die Nazis nicht bloß Schwindelparolen hinausschreien, sondern auch möglichst viel Geld — ganz gleich woher — herunterschlucken können, geht Steinke gleich aufs Ganze. Von 138 Mark Leistungszulage, die der Betrieb zu zahlen hat, **sollen 110 Mark verschwinden.** Nun sind wir überzeugt, daß auch in diesem Betrieb die Arbeiter dem Nazimann nicht so ohne weiteres die Möglichkeit geben werden, 110 Mark zum Ermorden von Arbeitern der Nazikasse zu überweisen, oder selber zu schlucken.

Aber notwendig ist dabei, daß sich die Buchdrucker der Bedeutung dieser Aktion bewußt werden. Sie müssen erkennen, daß diese Vorstöße nur der Anfang des nächsten Abbaues sind und sich dementsprechend einstellen. Das ist um so notwendiger, als von der Leitung des Verbandes dieses Erkennen der Situation absichtlich verhindert wird. Anstatt, wie es die Situation unbedingt erfordert, sofort die Abwehr allgemein einzuleiten, will man anscheinend nur mit den einzelnen Betrieben „verhandeln". Das würde den Plan der Unternehmer ganz gewaltig erleichtern. Hier ist unbedingt notwendig, daß sofort durch eine breit angelegte Offensive der Plan der Breslauer und schlesischen Buchdruckereibesitzer im Keime erstickt wird. Gelingen wird es aber auch nur dann, wenn die Buchdrucker die Parolen der Opposition endlich als richtig erkennen und danach handeln. Die Verbands„strategen" werden sonst die Bewegung wieder mit mehr oder weniger radikalen Phrasen einlullen und zum Schluß noch den Kollegen die Schuld geben, wenn der Schaden da ist. Nur eine starke Opposition wird die bisherige Katastrophenpolitik der Verbandsführung verhindern.

Stahlhelm-Regierung in Thüringen

Durch die Sozialdemokraten im Sattel gehalten

Weimar, 23. April. (Eigener Bericht.) Im Thüringischen Landtag wurde die Wahl der neuen Regierung vorgenommen. Für den ausgeschiedenen Naziminister Frick und einen Nazi-Staatsrat wurden die Landbund-Abgeordneten und Stahlhelmmitglieder Maskeltey und Döbrich gewählt. Der Kurs der thüringischen Regierung bleibt also derselbe wie zuvor. Verschärfte Sozialreaktion auch ohne Frick, aber mit Unterstützung der Nazi-Landtagsfraktion.

Bei der Abstimmung über die neue thüringische Regierung enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme und lieferten damit die parlamentarische Grundlage für die kommende Ausplünderungs- und Terrorpolitik der Stahlhelm-Regierung. Die Regierung hat die Unterstützung der Sozialdemokraten vor allem dadurch erkauft, daß sie vor einigen Tagen besondere Notverordnungen gegen die Kommunistische Partei beschloß.

RGO.-Sieg auf der Glashütte Haidemühl

Auf der Glashütte Haidemühl hat die RGO. kürzlich einen erfolgreichen Streik geführt. Am 18. und 20. April fand nun die Betriebsratswahl statt, die folgendes Resultat ergab:

Rote Einheitsliste	**262 Stimmen (1930 181)**
Reformisten	**96 Stimmen (1930 114)**
Ungültig	**2 Stimmen**

Dieses Resultat beweist, daß dort, wo die RGO. zielklar und entschlossen die Führung in den Kämpfen der Belegschaft übernimmt, die Arbeiter sich fest um die RGO. scharen.

Wohin am Sonnabend, dem 25. April?

Zum Pressefest der Jungen Garde im großen Saale des Lunaparkes

Tanz frei! — Eintritt: Einheitspreis 35 Pfennig! — Truppe Komsomol — Rezitationen — Anfang 18 Uhr — Ende?
Karten sind im Vorverkauf bei allen Funktionären der KPD., des KJVD. und in allen Büros der Arbeiterorganisationen und an der Kasse zu haben.

Das Pressekomitee der Jungen Garde.

Senkung der Realsteuer-Vorauszahlungen für 1931.

Nach der Preußischen Verordnung zur Durchführung der Realsteuersenkung vom 28. März 1931 — GS. S. 37 — werden die für 1931 zu leistenden Vorauszahlungen wie folgt gesenkt:

a) Die Vorauszahlungen auf die **Grundvermögensteuer vom landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundbesitz auf 440 v. H.** Diese werden die für 1930 mit 50 v. H. zu leistende Nachzahlung, so daß im ganzen 490 v. H. der staatlichen Grundvermögensteuer zu entrichten sind;

b) die Vorauszahlungen
auf die **Gewerbesteuer vom Ertrage** auf 540 v. H.,
auf die **Gewerbesteuer vom Kapital** auf 1360 v. H.
des zuletzt festgesetzten Steuergrundbetrages.

Die vierteljährlichen Zahlungen zu b können zur Erleichterung in der Weise berechnet werden, daß der vierteljährliche Erhebungsbetrag des Vorjahres bei der Ertragsteuer um 1/7 und bei der Kapitalsteuer um 1/5 gekürzt wird.

Breslau, 25. April 1931.

Der Magistrat — Steuerverwaltung.

Ihr Horoskop — Ihr Schicksal

Wissenschaftliche Beratung und Deutung Ihrer Zukunft erhalten Sie unter genauer Angabe Ihres Geburtsdatums gegen eine Gebühr von 1 M. geg. Nachnahme

Astrologischer Versand Gera-R, Postfach 263

Parteigenossen! Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere Inserenten!

Capitol Strehlen
Freitag bis Montag
7 und 9 Uhr Sonnt. 3, 5, 7, 9
Lumpenball
Ein lustiger Tonfilm

Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren

Schweinebauch	Pfd.	0.50 Mk.
Schubbraten u. Schulter	Pfd.	0.60 u. 0.65 „
Schweinskoteletten	Pfd.	0.90 Mk.
Schweinsschnitzel	„	1.10 „
Kalbfleisch m. Kn.	„	0.85 u. 1.10 „
Kalbfleisch ohne Kn.	„	v. 1.30 an
Suppenfleisch	„	0.50 — 0.70 „
Rindfleisch ohne Kn.	„	0.80 u. 1.10 „
Pökelfleisch	„	v. 0.70 an
Räucherfleisch	„	v. 0.80 „
Frischer Speck	„	0.65 Mk.
Lungenfett	„	0.55 „
Räucherspeck	„	0.70 u. 0.75 „
Ausgelassenes Schweine- und Grieben	Pfd.	0.70 „
Geräucherte Backen	Pfd.	0.60 „
Frische Backen 0.50, gepök. Backen		0.50 Mk.
Gulasch v. 0.60 an, Gehacktes v. 0.60 an		
Gepökelte Eisbeine	Pfd.	0.65 Mk.
Frische Schweinsköpfe	„	0.35 „
Zervelatwurst	1/4 Pfd.	0.20 — 0.30 „
Harte Zervelatwurst und Salami	1/4 Pfd.	0.35 und 0.40 „
Mettwurst	1/4 Pfd.	0.20 „
Preßkopf	1/4 Pfd.	0.20 „
Kochsalami	1/4 Pfd.	0.25 „
Mortadella	1/4 Pfd.	0.20 „
Braunschweiger	Pfd.	0.70 — 1.— „
Kiolbassa	Pfd.	0.70 — 1.20 „
Preßwurst	1/4 „	0.40 — 0.60 „
Leberwurst	1/4 „	0.40 — 1.20 „
Frühstückspeck	1/4 Pfd.	0.30 „
Bierwurst	1/4 Pfd.	0.30 „
Gekochter Schinken	1/4 „	0.35 „
Roher u. Lachsschinken	1/4 „	0.40 „
Knoblauchwurst Pfd 0.50	1. Sorte	0.70 „
Poln. od. Schlesische 0.60	1. Sorte	0.80 „
ff. Aufschnitt 1/4 Pfd. 0.25 und		0.35 „
Frische Wiener	Paar	0.10 Mk.

Adolf Weiß Moltkestraße 13 Fernruf 256 69

Deine Einkäufe mache bei Inserenten dieser Zeitung Die anderen wollen dein Geld nicht!

Max Schönfelders
billiges Wochenangebot

Prachtbücklinge	das Pfd.	—,33 M
Ia geräucherte Sprotten	das Pfd.	—,39 M
Wurstwaren		
Landleberwurst	das Pfd.	—,65 M
Guts-Preßwurst	das Pfd.	—,65 M
Leberwurst	200-Gr.-Stück	—,20 M
Oppelner Würstchen	2 Paar	—,45 M
Wienerwürstchen	5 Paar 42 Pf., 10 Paar	—,82 M
Breslauer Bratwurst	2 Paar	—,45 M
Krakauer Wurst	das Stück	—,48 M
Dresdener Appetit-Würstchen	das Paar	—,48 M
Salamiwurst, prachtvolle Qualität	das Pfd. nur	1,28 M
Margarine, fabrikfrische Ware	das Pfd. —,40, —,50, —,60 bis	1 M
Schweineschmalz, blütenweiße Ware,	das Pfd.	—,58 M
Rückenspeck, frisch aus dem Rauch	das Pfd.	—,75 M
Rindertalg, in 1-Pfd.-Beuteln, frische und gute Qualität	das Pfd.	—,38 M
Oelpalmen-Speisefett	500-Gr.-Tafel	—,40 M
Backobst		
Meine Hauptspezialität **Melange-Obst**	das Pfd.	—,38, —,48, —,60 M
Pflaumen, tiefschwarz und zuckersüß	das Pfd.	—,30, —,35, —,45, —,55 M
Ringäpfel	das Pfd.	—,62 M
Röstkaffee		
Außer meinen Spezial-Röstkaffee-Mischungen: das Pfd. 3,80, 3,40, 3,—, 2,80, 2,40 M meine drei neuen Mischungen		
Marke Parlament	das Pfd.	1,80 M
Marke Preußen	das Pfd.	2,— M
Marke Deutschland	das Pfd.	2,20 M
Prima eingedickten Spinat die 1/1-Kilo-Dose nur 33 Pf.		

Machen Sie unbedingt von meinem billigen Angebot Gebrauch!

Max Schönfelder
Breslau 1, Albrechtstraße 56.